

fonction publique

CGFP
Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique

numéro 249
janvier/février 2017
49^e année
paraît 6 fois par an

Die 50. CGFP-Vorständekonferenz



Am vergangenen 5. Dezember versammelten sich die Mitgliedsorganisationen der CGFP anlässlich der alljährlichen CGFP-Vorständekonferenz im Parc Hotel Alvisse in Dommeldingen. Nach einleitenden Begrüßungsworten von CGFP-Nationalpräsident Emile Haag thematisierte der Erste Vizepräsident der CGFP, Claude Heiser, das Wesen der Gewerkschaftsarbeit. So dürfe eine Gewerkschaft nicht zum ewigen Nein-Sager werden, sondern müsse auch bereit sein, Kompromisse einzugehen, im Interesse von sozialem Fortschritt und Verbesserung.

Anschließend oblag es CGFP-Generalsekretär Romain Wolff, auf die Ereignisse des vergangenen Jahres einzugehen. Insbesondere erinnerte er an die sehr erfolgreiche Protestveranstaltung vom 16. Juni, bei der sich über 1.000 Teilnehmer gegen den schleichenden Sozialabbau im öffentlichen Dienst aussprachen. Erwähnenswert sei in diesem Rahmen aber auch das nur wenige Stunden vorher mit der Regierung unterzeichnete Gehälterabkommen.

Die 50. CGFP-Vorständekonferenz hatte insofern auch eine größere Bedeutung, als dass das Exekutivkomitee ihr das letzte Mal in dieser Form vorsah. Unter lautem Applaus verabschiedete sich CGFP-Präsident Emile Haag in einer sehr emotionalen Ansprache von der Gewerkschaftsbühne.

Lesen Sie dazu unsere ausführliche Berichterstattung auf den Seiten 4 bis 11.



Interessante Entwicklung des Finanzplatzes Luxemburg

Bekanntlich erzeugen die internationalen Banken seit Jahren mehr negative Schlagzeilen jeder Art als positive Wachstumssignale. Dass Luxemburg der am schnellsten wachsende Finanzplatz Europas bleibt, verdanken wir daher ausschließlich den anderen Akteuren, in erster Linie der sogenannten „Fonds-Industrie“. Vor allem aber boomt derzeit der Zuzug nach Luxemburg von internationalen Unternehmen außerhalb des eigentlichen Finanzsektors. So zahlen die Holdinggesellschaften des Typs „Soparfi“ heute 40% mehr Steuern als die Banken.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 12 und 13



Europa – Quo Vadis?

CESI-Präsident Romain Wolff nahm Anfang Januar an der 58. Jahrestagung des „dbb beamtenbund und tarifunion“ teil, zu der sich auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der für den öffentlichen Dienst zuständige Innenminister Lothar de Maizière eingefunden hatten. Angesichts der turbulenten Entwicklungen in der Welt widmeten sich die Redner dieses Jahr dem Thema „Wohin geht Europa?“ und legten den Schwerpunkt vor allem auf die zukünftigen Aufgaben und Herausforderungen im öffentlichen Dienst.

Mehr zu diesem Thema lesen Sie auf Seite 19



Autofestival 2017

Vom 28. Januar bis 6. Februar findet das alljährliche, beim Luxemburger sehr beliebte Autofestival statt. Auch an der diesjährigen 53. Ausgabe des Festivals nehmen wieder 91 Autohäuser teil und bieten Interessierten vorteilhafte Bedingungen beim Autokauf. In unserer Beilage profitieren wir von der Gelegenheit und werfen einen Blick in die Zukunft der Automobilindustrie, in der unter anderem Elektroautos und die Vernetzung der Fahrzeuge im Fokus stehen werden.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 22 bis 26

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/141



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Den öffentlichen Dienst weiter stärken

Das Jahr 2016 gehört der Vergangenheit an und schon ist es wichtig, den Blick nach vorne zu richten. Ganz besonders gilt es ein Augenmerk auf die in weiten Teilen Europas stattfindenden Wahlen zu werfen, als da wären Frankreich, die Niederlande, Italien sowie Deutschland, Wahlen, deren Ausgang alles andere als gewiss erscheint.

Gleiches gilt auf nationaler Ebene für die im Oktober stattfindenden Gemeindewahlen, die das politische Geschehen in Luxemburg in den nächsten knapp neun Monaten bei uns maßgeblich bestimmen werden.

Vieles, was in der jüngsten Vergangenheit geschehen ist, ist auf die, nach dem Ausbruch der US-Immobilienkrise im Sommer 2007, im Herbst 2008 entstandene Bankenfinanzkrise und ihre direkten Auswirkungen zurück zu führen.

Der Markt hatte sich, wie von interessierter Seite immer wieder behauptet, keinesfalls selbst reguliert, Banken wurden (mit Steuergeldern) im Interesse der Belegschaft und der Sparer (zu Recht) in kürzester Zeit, auch dank eines gut funktionierenden öffentlichen Dienstes, gerettet, einige Länder gerieten dadurch anschließend an den Rand des Bankrotts, Personal, insbesondere im öffentlichen Dienst, der in keiner Weise Auslöser der Krise war, wurde massenweise entlassen, Löhne wurden damals zum Teil massiv gekürzt, und der Mittelstand, der auch noch heute in vielen Ländern bröckelt, musste mit ansehen, wie gerade seine Steuerlast bedeutend zunahm.

Sparmaßnahmen standen (und stehen in vielen Ländern Europas) auf der Tagesordnung, was wiederum zu wachsender Unzufriedenheit bei den Wählern und zu mehr Rückenwind für Parteien mit populistischen Parolen geführt hat.

In Anbetracht der bevorstehenden Wahlen wird 2017 nach dem Ausgang der Wahlen in den USA und dem angekündigten „Brexit“, wo heute noch niemand so genau die sich daraus ergebenden Folgen einzuschätzen vermag,



ein ganz wichtiges Jahr werden, in dem sich zeigen wird, ob die demokratischen Werte gestärkt hervorgehen und Bestand haben werden, oder ob die Populisten mit ihren simplistischen Parolen weiter bei vielen, zum Teil nach Jahren der Austeritätspolitik in vielen Bereichen Europas, mit den klassischen Parteien Unzufriedenen weiter an Boden gutmachen können.

In einer solchen Periode spielt gerade ein gut funktionierender öffentlicher Dienst im Interesse der Allgemeinheit eine tragende Rolle, der gerade jetzt nicht geschwächt werden darf, was leider in vielen Staaten Europas durch mit Sparzwängen begründetem massivem Personalabbau im öffentlichen Dienst schon zu einer bitteren Wirklichkeit mit verheerenden Folgen geworden ist.

Und dass in unserem Nachbarland Frankreich Spitzenkandidaten der Präsidentschaftswahlen auf Wählerstimmenfang mit der Ankündigung massiver Kürzungen des Personalbestandes im öffentlichen Dienst gehen, lässt tief blicken und zeigt, inwieweit ein Teil der politisch Verantwortlichen den für das gute Funktionieren des Staates unabdingbaren öffentlichen Dienst geringschätzt und total verkennt, wie wichtig er gerade jetzt ist, wo es gilt, unter anderem den Terror schnell und vor allem wirksam zu bekämpfen.

Motivation, angemessene Bezahlung – das im Dezember von

der CGFP mit der Regierung ausgehandelte und unterschriebene Gehälterabkommen muss jetzt zügig umgesetzt werden – und gute Arbeitsbedingungen der Bediensteten, den Vertretern des Staates, die sich mehr als nur einmal der Wut mancher Leute auf gesetzgeberische „Einfälle“ der Politik und nicht selten darauffolgender Gewalttätigkeit ausgesetzt sehen, sind einige vorrangige Garantien solcher für jeden Bürger zu gleichen Bedingungen und einem für alle gleichermaßen bezahlbaren Preis zugänglicher Dienstleistungen, die nicht, wie in einem Privatunternehmen, auf größtmögliche Gewinne (oftmals hauptsächlich für die Aktionäre) abzielen, sondern das gute Funktionieren des Staates sichern. Dass die bei Staat und Gemeinden Bediensteten natürlich vom Arbeitgeber verlangen dürfen, die nötigen Mittel zur Bewältigung der anfallenden Aufgaben zur Verfügung gestellt zu bekommen, ist legitim, eine Selbstverständlichkeit.

Um nur einige Beispiele zu liefern: Die Polizei sorgt für die Sicherheit der Bürger, die im Bildungsbereich Tätigen für die für alle grundlegend wichtige Wissensvermittlung, die in den Steuerverwaltungen Beschäftigten für die dem Staat zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel, die seine Funktionstüchtigkeit sichern. Sie und alle hier nicht explizit aufgezählten anderen im öffentlichen Dienst arbeitenden

Kolleginnen und Kollegen, ob bei Staat oder den Gemeinden, leisten einen unschätzbaren Beitrag zum guten Funktionieren unserer Gesellschaft, unserer Demokratie.

Darüber hinaus sind dem öffentlichen Dienst in den letzten Jahren neue, zusätzliche Aufgaben aufgebürdet worden, die es gilt, bestmöglich zu meistern, die Digitalisierung stellt ihn vor weitere Herausforderungen, an die es sich anzupassen gilt und auch das Thema „mehr Flexibilität“ wird in den nächsten Jahren ein wichtiges Thema bleiben.

Und nicht zu vergessen die Reformen im öffentlichen Dienst, deren daraus entstandene Härtefälle schnellstmöglich, im Interesse aller Betroffenen, einer annehmbaren Lösung zugeführt werden müssen.

Eine von interessierter Seite immer wieder ins Spiel gebrachte Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sollte tunlichst vermieden werden, werden dadurch die angebotenen Dienstleistungen im Regelfall nicht billiger, genau das Gegenteil ist der Fall, und außerdem wären alle jene von den öffentlich Bediensteten erbrachten Leistungen, die keine hohen Gewinne versprechen, sowieso für die Privatwirtschaft uninteressant.

Die CGFP wird sich auch in Zukunft, falls erforderlich, gegen solche Privatisierungstendenzen stemmen, Tendenzen, die der Allgemeinheit keinen Mehrwert beschieren.

Die im öffentlichen Dienst Beschäftigten stellen keinen reinen Kostenfaktor dar, den es gilt, auf ein Minimum zu reduzieren, sondern eine wichtige Investition in die Zukunft, die es auch den kommenden Generationen ermöglicht, in einem gut funktionierenden und organisierten Land, wie Luxemburg eines ist, ihr Leben zu verbringen.

Und gerade aus diesen triftigen Gründen muss der öffentliche Dienst weiterhin gestärkt werden. Genau hierfür wird sich die CGFP auch 2017 voll und ganz einsetzen!

Romain Wolff

Web- info



Schnell und übersichtlich informiert: www.cgfp.lu



Organe de la Confédération Générale de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg
Tél.: 26 48 27 27 – Fax: 26 48 29 29
E-mail: cgfp@cgfp.lu
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-30
Impression: Saint-Paul Luxembourg s.a.

La reproduction d'articles, même par extraits, n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source.

Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis de la CGFP.

50. Vorstandskonferenz der CGFP

Die neuen Herausforderungen in der Gewerkschaftsarbeit

Aus der 50. CGFP-Vorstandskonferenz

Es oblag CGFP-Nationalpräsident Emile Haag, die Anwesenden herzlich willkommen zu heißen, darunter zahlreiche aktive, aber auch bereits pensionierte Kollegen, die immer noch bereitstünden, wenn es darauf ankomme; mehrere Abgeordnete; Vertreter der politischen Parteien, der Ministerien und Verwaltungen; sowie die Exekutive der befreundeten FGFC, der Gewerkschaft des Gemeindepersonals. Ebenfalls begrüßen konnte der CGFP-Nationalpräsident den Direktor der Berufskammer der öffentlichen Bediensteten, Georges Muller, mit seinen Mitarbeitern sowie Vertreter der Partner von CGFP Services, BHW und Balôise, genauso wie die CGFP-Mitarbeiter am CGFP-Gewerkschaftssitz, alle Delegierten der höchsten CGFP-Gremien und Vertreter der mehr als 60 CGFP-Fachverbände, die allein schon durch ihre Anwesenheit die Solidarität und Geschlossenheit der öffentlichen Funktion eindrucksvoll unter Beweis stellten. Entschuldigen musste CGFP-Nationalpräsident Emile Haag CGFP-Ehrengeneralsekretär Jos. Daleiden sowie den vormaligen Ersten Vizepräsidenten der CGFP, Pierre Trausch, die aus persönlichen bzw. gesundheitlichen Ursachen bedauerlicherweise nicht an der CGFP-Vorstandskonferenz teilnehmen könnten.

Die CGFP-Vorstandskonferenz falle in turbulente Zeiten. Immer noch bestehe eine latente Gefahr des Terrorismus. Tagtäglich versuchten zehntausende Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und aus Afrika nach Europa zu gelangen. Tausende von ihnen kämen im Mittelmeer ums Leben – ein unverzeihlicher Skandal, richtete sich CGFP-Nationalpräsident Emile Haag eingangs seiner Grußbotschaft an die zahlreich erschienenen Delegierten der CGFP-Fachverbände. Der Rechtspopulismus in Osteuropa sei immer noch aktuell. Den Brexit und den Wahlsieg von Donald Trump habe man auf europäischer Seite immer noch nicht verarbeitet. Begrüßenswert sei allerdings der Sieg des „bon sens“, des gesunden Menschenverstandes, und des europäischen Geistes in Österreich. Des Weiteren erschütterten und skandalisierten weltweit Finanzskandale und die Finanzkrise die öffentliche Meinung.



Auch Ende 2016 sei die CGFP bestens aufgestellt: ideologisch neutral und parteipolitisch unabhängig. Sie werde sich auch in Zukunft gegen jeglichen Sozialabbau und für angemessene Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst einsetzen, sagte CGFP-Generalsekretär Romain Wolff



Nach 30 Jahren an der Spitze der CGFP sei die Zeit gekommen, um sein Amt niederzulegen, so CGFP-Präsident Emile Haag. Sein Dank gebühre allen CGFP-Mitgliedsorganisationen, die mit ihrer Solidarität maßgeblich zum Erwerb der heutigen sozialen Errungenschaften im öffentlichen Dienst beigetragen hätten.

Der große Festsaal des „Parc Hôtel Aivisse“ in Dommeldingen war bis auf den letzten Platz besetzt, als CGFP-Nationalpräsident Emile Haag die 50. Vorstandskonferenz der Confédération Générale de la Fonction Publique CGFP eröffnete. Unter den statutarischen Organen der CGFP nimmt die „Conférence des Comités“, die Zusammenkunft der Vorstände der über 60 CGFP-Fachverbände, in der Tat einen ganz besonderen Stellenwert ein, verabschiedet sie doch das aktualisierte Aktionsprogramm der CGFP und nimmt Stellung zu den brennenden Gegenwartsproblemen.

In Luxemburg werfe indes die dritte industrielle Revolution nach Jeremy Rifkin große Fragen auf. Die Verfassungsreform sei immer noch nicht in trockenen Tüchern und die so groß angekündigte Steuerreform löse trotzdem nicht das Ungleichgewicht zwischen natürlichen Personen und den Unternehmen.

Die Reform im öffentlichen Dienst und das Besoldungsabkommen habe man zwar umsetzen können, allerdings gebe es noch zahlreiche Härtefälle, die einer Lösung bedürften. Der Erste Vizepräsident der CGFP, Claude Heiser, und CGFP-Generalsekretär Romain Wolff jedenfalls würden in ihren programmatischen Reden bestimmt noch auf diese brisanten Themen zurückkommen. Als unabhängige nationale Gewerkschaft,

so Emile Haag abschließend, die für die Interessen ihrer Mitglieder eintrete, ohne diejenigen auf nationaler Ebene zu vergessen, rufe die CFFP, wie in der Vergangenheit, ihre Mitglieder dazu auf, zusammen zu stehen, „well n'émmer esou kënne mer déi grouss Erausforderungen, déi op eis zoukommen, meeschteren“.

Die Gewerkschaft als Gegengewicht zum Sozialabbau

Claude Heiser, erster Vize-Präsident der CGFP, begann seinen Vortrag anlässlich der 50. Vorstandskonferenz mit einem Verweis auf Goethes Mephistopheles, seines Erachtens der erste Gewerkschafter, da dieser sich

Faust „als der Geist, der stets verneint“ offenbare. Darüber hinaus seien die Gewerkschaften im Aufmacher einer der bedeutenden Tageszeitungen vor einigen Jahren im Titel als „die ewigen Neinsager“ angeführt worden. Folglich seien Gewerkschaften diejenigen, die immer „Nein“ sagten. Wer aber sonst sollte es auch tun? Schließlich benötige jede Gruppe, die eine bestimmte Meinung vertritt, eine Regierung beispielsweise, ein Gegengewicht, einen „ami critique“, damit das soziale Gleichgewicht bestehen bleibe und eine gesunde Dialektik dafür sorgen könne, dass keine Seite einem Extrem ver falle. Allerdings existierten hier und da Vollblutneinsager – Gewerkschaftsmitglieder oder auch nicht – von der Sorte, die grundsätzlich mit nichts und niemandem einverstanden seien und alsbald Verrat witterten, sobald eine Gewerkschaft Zusagen mache oder sich kompromissbereit zeige.

Diese Leute machten es sich einfach, indem sie grundsätzlich eine abweisende Haltung einnahmen und gleichzeitig immer mehr für sich einforderten. Mit dieser Taktik könne man zumindest nach außen hin nichts falsch machen und allseits großen Zuspruch finden, zeitige aber letztlich keine nennenswerten und nachhaltigen Resultate. Die Politik der kategorischen Ablehnung führe zwangsläufig in die Sackgasse des „rien ne va plus“. Bereits Albert Camus mahne in seinem berühmten Essay *L'homme révolté*, dass derjenige, der mit einer Situation nicht einverstanden sei, sich mit dieser auseinandersetzen und ihr ins Auge blicken solle. „Nein“ und „es reicht“ zu sagen, sei aber nur der erste Schritt: „Qu'est-ce qu'un homme révolté? Un homme qui dit non. Mais s'il refuse, il ne renonce pas: c'est aussi un homme qui dit oui, dès son premier mouvement.“ Darin bestehe der feine Unterschied, und dies sei auch ein wesentliches Merkmal moderner Gewerkschaftsarbeit.

In der Entstehungszeit der Gewerkschaften ausgangs des 19. Jahrhunderts litten vor allem Arbeiter unter Ausbeutung; diese hätten oft 14 bis 16 Stunden am Tag für einen Hungerlohn Knochenarbeit verrichten müssen. Kranken- bzw. Pensionsversicherung



hätte es nicht gegeben, von Ferien ganz zu schweigen. Aufgrund dieser desolaten Zustände seien die Gewerkschaften ins Leben gerufen worden, und zwar mit dem Ziel, für menschenwürdigeren Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

An solche Zustände erinnert sich im heutigen Luxemburg kaum noch jemand. Ein Umstand, der in manchen Kreisen, mitunter zum Irrglauben führe, dass Gewerkschaften nicht mehr dem Zeitgeist entsprächen, ihr Mitspracherecht zu groß sei, sie letztlich einen Störfaktor darstellten. Folglich solle man ihnen kein Gehör mehr schenken, sie zu schwächen versuchen und schließlich diejenigen Ziele umsetzen, die man selbst für richtig halte. Solchen Leuten sei schlichtweg der Bezug zur Realität verloren gegangen.

Das Einsatzgebiet der Gewerkschaften habe sich in unserer heutigen Zeit und im öffentlichen Sektor zwangsläufig verlagert. Für Errungenschaften wie Kranken- oder Pensionsversicherungen brauche nicht mehr gekämpft zu werden. Eine Aussage, die für Zündstoff sorgen könnte und schnell unzulässig werde, wenn sie beispielsweise in einem Artikel außerhalb des Kontexts zitiert würde, da sie auch eine gewisse Achtlosigkeit im Umgang mit diesen Errungenschaften ausdrücken könnte. Eine Ergänzung der Behauptung dränge sich also auf, denn für die *Erhaltung* dieser Errungenschaften müsse man sehr wohl noch kämpfen, um sie für zukünftige Generationen zu sichern, den aktuellen Umständen anzupassen und gegebenenfalls zu verbessern.

Man sei aber auch in der Pflicht, aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft teilzunehmen, als Sozialpartner, als Teil der „force vive“ einer Nation. Auf Gewerkschaftsebene bedeute dies, sich vor allem für den sozialen Frieden einzusetzen. Um es in Vaclav Havels Worten auszudrücken: „Le rassemblement des citoyens dans des organisations, mouvements, associations, syndicats est une condition nécessaire au fonctionnement de toute société civilisée bien structurée.“ Daraus folge, dass wer Gewerkschaften feindlich gesinnt sei, dies auch gegenüber denjenigen Menschen sei, die das Fundament einer Gesellschaft bildeten, denjenigen also, die ihren Alltag auf ehrliche Weise bestritten und nicht blindlings auf größten materiellen Gewinn erpicht seien.

Rückblickend auf seine vorangegangenen elf Jahre im Dienst der CGFP, hielt Claude Heiser abschließend fest, dass die CGFP immer dem Bild entsprochen habe, das er sich von einer guten und effizienten Gewerkschaft gemacht habe. Die CGFP stehe für Ausgeglichenheit, Dialogbereitschaft, Konsequenz und Verantwortungsbewusstsein. Ihr Tun werde von der Überzeugung geleitet, dass das Großherzogtum über einen hervorragend funktionierenden Staatsdienst verfüge und dieser eine wichtige Säule der hiesigen Gesellschaft bilde.

Politiker kämen und gingen, verfügten nur über einen befristeten Arbeitsvertrag, während Staatsbeamte und öffentlich Bedienstete blieben und das Schiff selbst durch den schlimmsten Sturm steuerten. Es gebe niemanden, der das gute Funktionieren des Staates, also derjenigen Organisation, die für das Allgemeinwohl zuständig sei, durch ihre tagtäglichen Erfahrungen besser kenne als die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die CGFP ihrerseits sei seit ihrer Gründung stets bemüht gewesen, deren Interessen zu verteidigen, um ihnen ein würdiges Arbeitsleben – sowohl auf moralischer als auch auf materieller Ebene – zu gewährleisten. Die CGFP, die für politische Neutralität sowie den Einsatz für das Gemeinwohl stehe, trage auch in diesen postfaktischen Zeiten Sorge dafür, dass Solidarität weiterhin großgeschrieben werde und der Isolierung sowohl einzelner beruflicher Laufbahnen als auch der öffentlich Bediensteten innerhalb der Gesellschaft entgegenwirkt werde.

12 Jahre Gewerkschaftsarbeit im Zeitraffer

CGFP-Generalsekretär Romain Wolff thematisierte eingangs seines Vortrags die turbulenten Ereignisse des vergangenen Jahres: die terroristischen Anschläge in Europa und darüber hinaus, der Brexit und die Präsidentschaftswahlen in den USA, oder auf nationaler Ebene die große und erfolgreiche Protestaktion der CGFP am 16. Juni, die Aktivitäten im Rahmen des Widerstands gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA sowie, zu guter Letzt, das Unterschreiben des neuen Besoldungsabkommens für die Jahre 2016 bis 2018 einige Stunden vor der Vorständekonferenz. Wobei er, um jeglicher Kritik vorzubeugen, aber betonen wolle, dass die Hälfte der zusätzlichen Ausgaben die durch dieses Abkommen auf die Regierung zukämen, über Steuereinkünfte wieder zurück in den Staatshaushalt flössen.

Nach zwölf Jahren als Generalsekretär der CGFP sei es heute das letzte Mal, dass er sich in dieser Funktion an die Teilnehmer der 50. Vorständekonferenz wende, so Romain Wolff weiter. Und wie schnell doch die Zeit vergangen sei: Vor 12 Jahren habe er, damals noch weitaus nervöser als heute, sich ein erstes Mal in seiner neuen Funktion als Generalsekretär ans Rednerpult gestellt. Es sei eine große Aufgabe gewesen, in die Fußstapfen seines Vorgängers, CGFP-Ehrengeneralsekretär Jos. Daleiden, zu treten, der die Messlatte durch seine Fähigkeiten und nicht zuletzt auch in der Kunst der Rhetorik sehr hoch gelegt habe.

Seit 2005 habe sich viel verändert: immer mehr gehe es darum, bereits errungene soziale Besitzstände zu verteidigen. Heute wolle er insbesondere auf die Punkte eingehen, die eben nicht nur den öffentlichen Dienst betreffen.

Vieles habe man erreicht, viele, wenn auch nicht alle, von den jeweiligen Regierungen geplante Verschlechterungen konnten verhindert oder abgemildert werden. Im Zeitraffer blieben besonders in Erinnerung die enorme Anzahl an Tripartiten, die erfolgreich verhandelten Gehälterabkommen, die Protestaktionen und der unermüdliche Einsatz zum Beibehalten des Indexmechanismus. Leider aber auch der Dezember 2005, als ein erstes Mal die Idee einer Kürzung der Anfangsgehälter im öffentlichen Dienst von einem der damaligen Regierungsvertreter in die Öffentlichkeit getragen wurde (natürlich vor einem Publikum von dankbaren Arbeitgebervertretern).

Insbesondere die Tripartitegespräche um Ostern 2006 blieben auch unvergesslich, Gespräche, deren Nachwirkungen bis heute zu verspüren seien: Die damals vorgelegten Zahlen zur Finanzsituation des Staats hätten kurz danach ganz anders ausgesehen, und das, nachdem ein Kompromiss mit den Sozialpartnern unterschrieben worden sei, ein Umstand, der einen

Die CGFP stehe für Ausgeglichenheit, Dialogbereitschaft, Konsequenz und Verantwortungsbewusstsein, meinte der 1. Vizepräsident der CGFP Claude Heiser. Ihr Tun werde von der Überzeugung geleitet, dass das Großherzogtum über einen hervorragend funktionierenden Staatsdienst verfüge und dieser eine wichtige Säule der hiesigen Gesellschaft bilde.



nachhaltig negativen Einfluss auf alle darauffolgenden Tripartiterunden ausgeübt habe.

2008 kam dann die Finanzkrise, ausgelöst von internationalen Großaktionären und Topmanagern und ausgebrochen in einer „Nacht und Nebelaktion“. Der Staat, und damit auch die Bürger, hätten im Interesse der Mitarbeiter und der Kunden – die keine Schuld an dieser Krise trugen – der betroffenen Banken eingreifen müssen, um diese vor dem Ruin zu retten.

Eine „neverending story“

2009 feierte die CGFP 100 Jahre Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Dienst, zeitgleich aber kündigte die damals größte Regierungspartei an, die Anfangsgehälter im öffentlichen Dienst nach unten anzupassen. „Dies war der Anfang einer ‚neverending story‘“, führte Romain Wolff weiter aus, „auf die alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten gerne verzichtet hätten“. Eine Geschichte, die auch mit dem Inkrafttreten der Reformen im Oktober 2015 kein Ende gefunden habe.

2010 wurde dann eine neue Form der Tripartite eingeführt, die zu mehr Transparenz führen sollte, war doch die Diskussionsbasis von einem Tag auf den anderen der breiten Öffentlichkeit bekannt, ein bis dahin undenkbarer Umstand.

Nach internen Verstimmungen zwischen den Koalitionsparteien stellte die Regierung am 27. April desselben Jahres die berühmte Indexfrage, die zur großen Überraschung der CGFP zum abrupten Scheitern der Tripartite führte. Im gleichen Zeitraum wurden

allerdings auch die Abkommen zu den Reformen im öffentlichen Dienst unterzeichnet, Vereinbarungen, die die CGFP auch noch in den nächsten Jahren beschäftigen werden, bliebe doch noch so mancher klärungsbedürftige Punkt.

Die darauffolgende Tripartite im Dezember 2011 sei dann an den unverantwortlichen Maximalforderungen seitens des Patronats gescheitert, nachdem dieses im Vorfeld schon die Arbeiten des „Conseil Economique et Social“ (CES) boykottiert habe.

Schließlich wurde das unsägliche „Index-Manipulationsgesetz“, welches die Regierung im Alleingang entschieden hatte, am 26. Januar 2012 im Parlament mit 53 Stimmen kritiklos angenommen. Auch hier habe es die Regierung versäumt, ihren Wählern zuzuhören, kritisierte der CGFP-Generalsekretär.

Im Oktober 2013 kam es aus allseits bekannten Gründen zu vorgezogenen Neuwahlen und kurz danach zur Bildung der aktuellen Dreierkoalition. Und habe es Mitte 2014 noch so geschienen, dass ein wenig Ruhe eingetreten sei, so habe dieser Schein getrübt. Gleichzeitig konkretisierte sich die Idee eines Referendums, die Steuerreform wurde angekündigt sowie einseitige Sparmaßnahmen zu Lasten des öffentlichen Dienstes. Dies führte dann auch zu einem Novum in der luxemburgischen Gewerkschaftsgeschichte: Die drei national repräsentativen Gewerkschaften schlossen sich zu einer gemeinsam organisierten Vorständekonferenz am 20. November 2014

Fortsetzung Seite 6

Die im Anschluss an die Ausführungen des CGFP-Generalsekretärs der CGFP-Vorständekonferenz vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen





zusammen, aus der eine Einigung mit der Regierung am 28. November resultierte, die eine spürbare Abmilderung zum initialen Sparpaket darstellte.

Alles, was danach kam, habe wohl jeder Anwesende noch gut in Erinnerung. In den letzten Wochen sei viel über qualitatives Wachstum diskutiert worden. Diese Initiative sei lobenswert, könne sich der Bürger doch so mit einbinden. Unverständlich und zutiefst bedauernd sei allerdings, dass der dafür zuständige Minister auf einem anderen Terrain, nämlich dem Flughafen, auch nur den kleinsten Sozialdialog verweigere und somit die Gefahr eines wesentlich größeren Sozialkonfliktes in diesem wirtschaftlich so wichtigen Bereich in Kauf nehme. Eine Schlichtung, der erste Schritt zu einem eventuellen Streik, wurde von der Personalvertretung eingereicht, ohne dass irgendeine Reaktion in Richtung eines Dialogs seitens der Regierung zu erkennen gewesen sei. In einer solchen Situation festzustellen, dass man nicht ernst genommen werde, sei das Schlechteste was man sich vorstellen könne. Der Regierung schein dies aber egal zu sein.

Die Debatte über das qualitative Wachstum, oder besser ausgedrückt, über die Zukunft des Landes, darüber, wieviel Wachstum wir überhaupt brauchen und wollen, habe gerade erst angefangen. Wirtschaftswachstum führe zu mehr Steuereinnahmen, zur Schaffung neuer Arbeitsposten, und folglich auch zu weiterem Bevölkerungswachstum, teilweise durch Einwanderung – ob 2060 der 1,1 Millionen-Einwohner-Staat Realität werde oder nicht, sei dahingestellt, da der Blick in die Zukunft alles andere als sicher sei (Romain Wolff erinnerte in diesem Rahmen an die, wie heute bekannt ist, falschen Prognosen von 1978, die einen Rückgang der Bevölkerung voraussagten) –, zu neuen Integrationsherausforderungen, zu höherem Druck auf den Wohnungsmarkt und notgedrungen auch zu höheren Preisen in diesem Bereich. Mal ganz abgesehen vom Zuwachs im Straßenverkehr, der heute schon in den Spitzenstunden kurz vor dem Kollaps stehe und nebst verlorener Zeit, zu Umweltverschmutzung und einer Verschlechterung der Lebensqualität führe.

Eine Lösung zu diesen vielfältigen Problemen könne es sein, die Arbeit, das Wohnen und „Sich-Bewegen“ wieder näher aneinander zu bringen. Allerdings gestalte sich dies schon alleine durch die exorbitanten Wohnungspreise als schwierig realisierbar. „Gutt ass jidderfalls, datt diskutéiert gëtt. Bleift ze hoffen, datt et net bei Schändiskussiounen bleift, dofir ass dëst Thema – ganz besonnesch fir d'Jugend – vill ze wichteg.“

Auch Romain Wolff erwähnte, wie schon CGFP-Präsident Emile Haag vor

ihm, die in Luxemburg viel mediatisierte Rifkin-Analyse zur dritten industriellen Revolution. Ohne zuviel auf diese Studie eingehen zu wollen, könne er sich eine Bemerkung doch nicht verkneifen: Mehr als einmal sei während der Präsentation von einem „bottom up“-Prozess gesprochen worden, welcher in den höchsten Tönen gelobt werden müsste und auch während der Rundtischgespräche sei keine Kritik gegen diesen Prozess ausgeübt worden, da Regierung und Patronatsvertreter ja unter sich waren. Die Gewerkschaften sollten nun in diese Arbeiten mit einbezogen werden, denn wäre dies nicht der Fall, erwiese sich dieses ganze Vorgehen als regelrechte Mogelpackung.

Der kleine Mann als Lastesel der Nation

Der Haushaltsentwurf und das Gesetzesprojekt zur Steuerreform seien schwer voneinander zu trennen, fuhr der CGFP-Generalsekretär fort, flössen doch viele Punkte ineinander über. Was den Entwurf des Haushaltsplans für 2017 anbelangt, sei ja von interessierter politischer Seite die Frage in den Raum geworfen worden, wie das von der Regierung vorgesehene Wachstum überhaupt erreicht werden könne, und ob in diesem Fall die Steuerreform nicht zu weit gehe. Eins sei jedenfalls gewusst: Wenn gespart werden müsse, dann nur bei den Anderen. Und wenn gar nichts mehr gehe, dann zu allererst im öffentlichen Dienst, also genau da, wo dafür gesorgt werde, dass der Staat und die Gesellschaft anständig funktionieren könnten, wo Dienstleistungen erbracht werden, die es auch den Schwäch-

ten in der Gesellschaft erlauben, unter menschlichen Bedingungen überleben zu können – denn hier gehe es um das Allgemeine Interesse und nicht um den Gewinn, der in vielen Fällen nur in eine Tasche fließe, und nicht in die derjenigen, die den Gewinn erwirtschafteten, nämlich der Arbeitnehmer.

Höre man heutzutage den Vorträgen vieler Patronatsvertreter zu, die technisch, kalt und rein auf Wettbewerbsfähigkeit und Leistung ausgerichtet seien, komme man nicht umhin, sich zu fragen, wo diese Einstellung noch hinführe – besonders der Arbeitsbedingungen im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung betreffend. So müssten, um eine noch höhere Wettbewerbsfähigkeit zu erzielen, Pensionen und Gehälter herabgesetzt werden, das natürlich insbesondere im öffentlichen Dienst, der den Staatsapparat funktionsfähig erhält; Kapitalerträge müssten von allen Steuern befreit werden (heute sei das ja nur teilweise der Fall); der Index gehöre abgeschafft; die Steuern für die privaten Haushalte müssten erhöht werden; Sozialleistungen, am besten rein von den Arbeitnehmern finanziert, sollten gekürzt werden; die Liste ließe sich fortsetzen, so Romain Wolff. Ganz sicher aber, dürfe keine Steuerreform gemacht werden, von der diejenigen, die sie schon zu einem großen Teil vorfinanziert hätten, zumindest teilweise profitieren könnten oder gar dürften.

Wohin alle diese Ideen führten, gekoppelt an den massiven Lobbyismus, der von so manchem Politiker überhaupt nicht in Frage gestellt werde – allen voran die Europäische Kommission –, sehe man heute schon viel zu deutlich.

Und auch wenn die Steuerreform 2017 sicher nicht in allen Punkten die Erwartungen, die an sie gestellt wurden, erfüllen könne, so gebe es nun doch endlich eine Änderung zu der von den europäischen Institutionen propagierten Austeritätspolitik, die den Menschen in ganz Europa einen großen Teil ihrer Kaufkraft abgerungen, ein niedrigeres Wachstum und in einigen Ländern eine politische Instabilität geschaffen habe.

Wenn heute behauptet werde, diese Steuerreform gehe zu weit, könne Romain Wolff darauf nur erwidern: Ganz sicher nicht bei den natürlichen Personen, den Arbeitnehmern, den Beschäftigten im privaten und im öffentlichen Sektor, denn gerade sie hätten diese Reform, von der nicht nur sie alleine profitierten, erst ermöglicht!

Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren

In diesem Rahmen dürfe man einen grundsätzlichen Punkt nicht vergessen: Wie oft werde betont, dass den kommenden Generationen keine Schulden hinterlassen werden dürften. Die CGFP sei der Meinung, dass dies wohl gerechtfertigt sei, und zwar dann, wenn Investitionen getätigt würden, von denen die zukünftigen Generationen langfristig profitieren können.

Wenn diese Schulden aufgenommen würden, dann sollte jedoch die Öffentlichkeit die Möglichkeit bekommen diesen Kredit zu finanzieren, und nicht die Banken, die von den Steuerzahlern gerettet wurden und die staatliche Schuld in die Höhe trieben und nun wiederum an einem Kredit gut am Staat verdienen würden.

Artikel 23 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lege die Basis für ein System fest, nach dem die Mitgliedstaaten, anstelle, dass sie für verhandelbare Zinssätze direkt Geld bei den Zentralbanken leihen könnten – was nicht erlaubt ist –, einen Kredit bei Privatbanken aufnehmen müssen, die daran gut verdienen. Im Falle eines Versagens des Finanzsektors, so wie 2008 geschehen, müssten die gleichen Länder eine Anleihe auf demselben Markt tätigen, um diese Banken, die ein überhöhtes Risiko auf sich nahmen, zu retten.

Abgesehen davon, dass sie sich auf die Garantie des Staats verlassen könnten, der sie im Falle des Falles auffangen müsse, könnten diese Finanzinstitute den Staaten Geld leihen, indem sie ihre eigenen Risiken durch „credit default swaps“ absicherten, also einer Art Versicherungen, die es erlauben, auf die Zahlungsunfähigkeit eines Staats oder Finanzakteurs zu wetten und entschädigt zu werden, wenn dieser Fall eintritt. So sicherten sich diese Institutionen also praktisch risikolose Gewinne auf Kosten des Staats, also von uns allen.

Eine schnelle Analyse der Luxemburger Schulden zeige ganz klar, dass



50^e Conférence des Comités – 5 décembre 2016

Résolution

Les délégués de la Confédération Générale de la Fonction Publique (CGFP), réunis en Conférence des Comités à Luxembourg en date du 5 décembre 2016,

après avoir pris connaissance de la ligne de conduite de la CGFP et de la prise de position du Comité exécutif sur les problèmes d'actualité:

approuvent le programme d'action de la CGFP portant sur la situation politique, économique et sociale, ainsi que sur les réformes en cours;

en matière de réformes:

exigent que les accords en matière statutaire et salariale conclus entre la CGFP et le gouvernement soient appliqués d'une façon conforme à la lettre et à l'esprit des textes et non réinterprétés arbitrairement par le gouvernement;

demandent que les imperfections constatées soient corrigées dans les meilleurs délais;

insistent pour que les laissés-pour-compte des réformes soient reconnus comme des cas de rigueur à traiter non pas aux calendes grecques, mais aussi rapidement que possible;

condamnent la politique de grignotage du gouvernement consistant à reprendre de la main gauche ce qui avait été concédé de la main droite, notamment en ce qui concerne les acquis sociaux;

estiment que la réforme constitutionnelle doit être le résultat d'un consensus général et non pas une pomme de discorde divisant la communauté nationale;

sont d'avis que la connaissance des institutions luxembourgeoises ainsi que de la langue luxembourgeoise sont primordiales non seulement pour l'obtention de la nationalité, mais également pour l'intégration dans la société luxembourgeoise;

considèrent que le luxembourgeois comme langue nationale doit trouver sa juste place au sein du multilinguisme, marque distinctive de notre identité nationale et notre atout majeur au niveau européen et international;

rappellent que le dialogue social authentique ne doit pas être une simple vue de l'esprit mais une réalité incontournable à la base même de la communauté nationale;

estiment qu'en matière fiscale, il convient de rééquilibrer le fardeau financier entre les personnes physiques et les collectivités;

en matière politique:

réaffirment la position d'indépendance politique de la CGFP et sa vocation à défendre les intérêts professionnels, moraux et matériels de ses membres, quelle que soit l'évolution politique du pays;

estiment que le Luxembourg doit résolument défendre ses intérêts nationaux sur la scène internationale, comme le font les autres Etats membres de l'Union européenne;

mettent en garde contre l'amalgame entre la lutte contre le terrorisme et l'afflux des réfugiés politiques qui submergent l'Europe alors que les Etats démocratiques doivent coordonner leurs actions pour répondre fermement à la menace terroriste et se montrer solidaires, dans la mesure des moyens disponibles, avec les victimes des conflits dans le monde;

en matière économique et sociale:

rappellent, concernant la «3^e révolution industrielle» selon Jeremy Rifkin, que la dimension sociale ne doit pas être sacrifiée sur l'autel de la compétitivité;

demandent au gouvernement de redoubler d'efforts en matière de lutte contre le chômage des jeunes, contre la pauvreté et contre l'augmentation des inégalités au Luxembourg;

exhortent le gouvernement à s'ouvrir plus largement à l'écoute des attentes et aspirations de la majorité silencieuse;

se prononcent résolument contre la démagogie populiste de l'extrême droite;

rappellent l'importance des valeurs morales que sont l'honnêteté intellectuelle, le travail bien fait, l'engagement personnel, le respect de l'autre, la loyauté et la solidarité;

insistent sur l'importance de l'ajustement régulier des salaires et des pensions à l'évolution générale des prix à la consommation;

estiment que la réforme de l'assurance dépendance et des établissements hospitaliers ne doit pas se faire aux dépens de la qualité des soins;

* * *

adressent un appel pressant aux membres de la CGFP à resserrer les rangs et à faire preuve de solidarité et d'unité dans l'action, garantes de son succès et de son rôle sur la scène sociale et nationale;

renouvellent leur confiance dans les instances dirigeantes de la CGFP.

diese nicht durch die Finanzierung von z.B. öffentlichen Investitionen in lebensnotwendige Infrastrukturen gestiegen seien, sondern durch die Rettung der Banken im Jahre 2008. Damit aber nicht genug, im selben Maße seien auch die Zinsen auf dieser Schuld in die Höhe geschossen.

Diese Zinsen auf der öffentlichen Schuld, den Kreditanleihen und den Schuldscheinen („obligations“) zusammen genommen, belasten den Staatshaushalt im Jahr 2017 mit 227,3 Millionen Euro. Stelle sich nun die Frage, wie legitim ein solches System sei, in dem der Staat 227,3 Mio. € Zinsen pro Jahr an Finanzinstitute zahlt (durch das AAA Rating weniger als andere Länder, die finanziell schlechter dran seien),

wohlwissend, dass der Hauptteil davon ursprünglich geliehen wurde, um das Überleben genau dieser Institutionen abzusichern, die nun auf diesen Anleihen große Gewinne erwirtschaften?

Als 2008 Dexia und Fortis zu Recht vom luxemburgischen Staat aufgefangen wurden, sei versichert worden, dass es sich hier um einen zeitweiligen Eingriff handele, und dass er keine negativen Auswirkungen auf lange Sicht auf die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sowie kurzfristig auf den Haushaltssaldo habe.

8 Jahre später liege das Schuldniveau immer noch viel höher als vor der Krise und der Regierung sei es leicht gefallen, dem Steuerzahler mit dem Zukunftspaket Budgetkürzungen aufzuhalsen, ganz

nach dem Prinzip: Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren und trotzdem die eigenen Gewinne absichern.

Es sei also zu verstehen, wie dieses Vorgehen, auf ein Land angewandt, in dem die öffentlichen Finanzen nicht so gut da ständen wie in Luxemburg, eben nicht zu einem langsamen Ankurbeln des Wachstums, sondern zu einer dramatischen Spirale in die Verschuldung geführt habe. Eine gerechte Aufteilung der Reichtümer in Europa müsse also auch zu einer gerechten Aufteilung der Verluste führen, und genau das sei mit dem aktuellen Währungs- und Finanzsystem nicht der Fall, kritisierte Romain Wolff. Hier seien verantwortungsbewusste Volksvertreter gefordert, um diese Systeme in Frage zu stellen.

Die Steuerreform an die Realität anpassen

Mit Blick auf die zum 1. Januar 2017 angekündigte Steuerreform, müsse er leider feststellen, dass es keine tiefgreifende Reform gebe, sondern nur punktuelle Änderungen der aktuellen Gesetzestexte. So hätte man erwarten können, dass die Steuertabelle an die Inflation angepasst würde, dass am oberen und unteren Ende weitere Steuersätze hinzugefügt worden wären, um den Mittelstand weiter zu entlasten oder aber, dass durch diese Reform endlich wieder mehr Steuergerechtigkeit entstehen würde. Und zwar dadurch, dass Kapital

im Vergleich zur Arbeit stärker besteuert und so ein Gleichgewicht zwischen der Steuerlast der Unternehmen und der privaten Haushalte geschaffen würde. Dies sei allerdings nicht geschehen.

Auch wenn es lobenswerterweise zu steuerlichen Erleichterungen für die natürlichen Personen komme, so gebe es trotzdem noch Luft nach oben. Erwähnenswert wäre beispielsweise die Situation in der Steuerklasse 1A:

Es sei ein Anachronismus, dass Alleinerziehende, ob durch den Tod ihres Partners oder aus anderen Gründen, in die Steuerklasse 1A eingestuft würden und somit viel mehr Steuern zahlen müssten, als wenn sie noch verheiratet wären. „*Dést ass hautdésdags net méi zäitgeméiss an domat misst lo endlech Schluss sinn!*“ Auch wenn die Regierung immer wieder behaupte, sie hätte hier Großes geleistet, sei das nicht richtig, diese Menschen gehörten in die Steuerklasse 2.

Darüber hinaus sei ein Teil der steuerlichen Regelungen nur durch „circulaires administratives“ eingeführt worden, was im Widerspruch stehe zum Artikel 99 der Verfassung, wie in den Fällen des Islamischen Bankwesens oder der steuerlichen Behandlung von hochqualifizierten Auslandsentsandten, die hier steuerlich bevorteilt würden. Hier müssten Gesetze erlassen werden, dem sei allerdings nicht so.

Es sei überdies erstaunlich, dass gerade in der Stellungnahme des Staatsrates eine von Patronatsvertretern in den Koalitionsverhandlungen eingebrachte Idee von sogenannten fiktiven Zinsen („*intérêts notionnels*“) wieder aufgetaucht sei, eine, salopp gesagt, Schnapsidee, direkt aus dem von hohen Arbeitgebervertretern mit ausgearbeiteten Regierungsprogramm entnommen. Hier handle es sich um einen Mechanismus, den es in Belgien gebe, und der dort zu massiven steuerlichen Einbußen geführt habe. In keinem Wahlprogramm sei diese Idee aufgetaucht, nie vorher sei dieser Gedanke thematisiert worden, und sei wohl auf die massive Präsenz von Wirtschaftsvertretern bei der Aufstellung des Regierungsprogramms zurückzuführen. Anders könne sich die CGFP diesen Punkt jedenfalls nicht erklären.

Übrigens brauche man diese fiktiven Zinsen überhaupt nicht. Laut der Weltbank, die jedes Jahr PricewaterhouseCoopers damit beauftrage, ein Ranking aufzustellen über die Gesamtsteuerlast der Unternehmen auf dem ganzen Globus, sei im November 2014 ein Satz von 20,2% für die luxemburgischen Firmen festgestellt worden. Zum Vergleich: Dieser Satz liege in Belgien bei 57,8% und in Frankreich sogar bei 66,6%. „*Wann dat net kompetitiv ass, wat soll et da soss sin?*“

Rechtsextremismus als Konsequenz der Krise

Mit Blick auf die jüngsten Entwicklungen in verschiedenen europäischen Ländern müsse man doch so manche berechnete Frage stellen dürfen, fuhr Romain Wolff fort. So würde der Nationalismus in Teilen Europas zusehends an Terrain gewinnen und rechts orientierte Parteien bekämen immer mehr Zulauf. Und auch der Brexit und der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA würden wesentlich mehr Fragen aufwerfen, als dass sie deren beantworteten.

Dabei müssten wir uns vor allem eine Frage stellen, und zwar, wie es überhaupt dazu kommen konnte. Die Diskussionen rund um die beiden Freihandelsabkommen CETA und TTIP seien allemal gute Beispiele, die ganz klar zeigten, wie die politisch Verantwortlichen jedenfalls nicht handeln sollten. Zunächst seien Verhandlungen in absoluter Intransparenz geführt worden – und das, bis auf einmal streng vertrauliche Dokumente geleakt worden und dann doch noch an die Öffentlichkeit gekommen seien. Begreifliche Ängste, die bereits zuvor bei so manchem bestanden hätten, seien auf diese Weise nur noch weiter geschürt worden.

Selbst die nationalen Parlamente hätten nach langen Diskussionen nur unter gewissen Bedingungen Zugang zu diesen Papieren erhalten, bedauerte Romain Wolff. Es sei schon erstaunlich, dass sich gewählte Volksvertreter – bis auf einige Ausnahmen – so ihrer Rechte hätten berauben lassen.

Erst nachdem die Europäische Kommission eine 180-Grad-Wende genommen hätte, seien die Parlamente zu ihrem Recht gekommen. Gleich nach dem Brexit nämlich habe dieselbe Kommission zu einem denkbar schlechten Moment verlauten lassen, in dieser Frage sei lediglich das Europaparlament zuständig – um dann kurze Zeit später anzukündigen, es handle sich doch um ein „gemischtes Abkommen“, bei dem das Europaparlament nicht alleine zu entscheiden habe. Und jedem, der den Abkommen mit Skepsis begegnet sei, sei unterstellt worden, entweder „nichts zu begreifen“ oder – salopp ausgedrückt – schwer von Begriff zu sein.

Dennoch, so CGFP-Generalsekretär Romain Wolff weiter, bleibe die Frage, weshalb sich Europa in eine mehr als bedenkliche rechtslastige Richtung entwickle. Und dabei liege die Antwort doch auf der Hand: Viel zu viele Politiker hörten einfach nicht mehr auf ihre Wähler. Einmal im Amt, würde der Wähler zunächst einmal nicht mehr gebraucht, seine Meinung sei dann bestenfalls noch zweitrangig.

Nach den Wahlen in den USA oder dem Brexit hätten Politiker in vielen europäischen Ländern vergeblich nach einer Erklärung zu diesen Entwicklungen gesucht. Sie seien ratlos gewesen, hätten offensichtlich nicht einmal gewusst, „wie es dazu kommen konnte.“ Und dabei liege es doch auf der Hand: Ein Großteil der Bürger in Europa habe feststellen müssen, dass ihre Kaufkraft, ihre sozialen Errungenschaften und ihre wirtschaftlichen Perspektiven „geschmolzen seien wie Schnee in der Sonne“. Die Folgen der Krise hätten in der Tat in erster Linie die Beschäftigten getroffen – weitaus härter als die wahren Verantwortlichen für die Krise. Und indem die europäische Union als oberste Priorität die Verwurzelung der europäischen, finanziellen, budgetären und schließlich der politischen Union gehabt habe, habe sie die sozialen Aspekte dieser Union stark vernachlässigt, was gerade den Euroskeptikern in die Karten spiele. Denn sie würden die wirtschaftliche und monetäre Union als einen der Hauptgründe sehen für die soziale und wirtschaftliche Krise, in der wir gerade steckten.

Auch wenn viel zu spät, würden sich jetzt allmählich institutionelle Beobachter wie FMI oder OECD bewusst, dass Wirtschaftspolitik, die als alleiniges Ziel die Minderung von öffentlichen Defiziten hätten, mehr als kontraproduktiv seien. Um eine gerechte Wirtschaftsunion zu erreichen, müsse sich



die Europäische Union umorientieren und chiffrierte Sozialkriterien in den Bereichen Beschäftigung, sozialer Schutz und Umweltschutz einschreiben und mittelfristig erreichbare Ziele verfolgen.

Obwohl von allen Gewerkschaften thematisiert, verfolge die Kommission indes eine ideologische Linie, bei der die sozialen Aspekte, die den europäischen Bürgerinnen und Bürgern am Herzen lägen, eben zu kurz kämen. Soziales und fiskalisches Dumping stünden auf Betreiben hoher Patronatslobbyisten in vielen europäischen Ländern leider noch immer auf der Tagesordnung. In vielen Staaten würden die öffentlichen Dienste angegriffen, sie seien unterfinanziert oder gar abgeschafft – und das wiederum gehe auf Kosten der Qualität der geleisteten Dienste und geschehe zu Lasten des Allgemeinwohls.

Das Sozialsystem optimieren

Bezüglich der beiden Freihandelsabkommen CETA und TTIP hätten den Befürwortern einfach die Argumente gefehlt, fuhr Romain Wolff fort. Elemente wie das „Status quo“ oder die sogenannte „*Clause à effet de cliquet*“ könnten als grundlegende Prinzipien gelten, wenn sie eine soziale Ausrichtung hätten, nicht aber, wenn sie für noch mehr Liberalisierung benutzt würden. So könnte das Prinzip des „Status quo“ zum Beispiel vorsehen, dass der soziale Schutz, der einmal erreicht worden sei, nicht mehr rückgängig gemacht werden könne. Jegliche Verschlechterungen sozialer Natur würden somit unmöglich.

Die „*Clause à effet de cliquet*“ könnte derweil Staaten dazu anhalten, lediglich Entscheidungen zu treffen, die als alleiniges Ziel die Verbesserung der sozialen Bedingungen hätten. Sollte ein Staat Änderungen an seinem Sozialsystem vornehmen wollen, dann könne dies nur im Sinne einer Optimierung geschehen, ganz im Interesse der Beschäftigten. Und wenn sich unsere gewählten Vertreter auf europäischer Ebene erneut den Bürgerinnen und Bürgern annähern wollten, dann sei jetzt der geeignete Zeitpunkt dafür.

Ein Sozialpakt, wie er jetzt auf europäischer Ebene angedacht werde, sei erst einmal begrüßenswert. Aufgrund der Tatsache allerdings, dass in Brüssel Zehntausende von Lobbyisten aus der Wirtschaftsbranche – mit finanziellen Möglichkeiten, die keine Gewerkschaft aufbringen könne – aktiv seien, bleibe man äußerst skeptisch hinsichtlich der wirklichen Ergebnisse, die daraus resultieren könnten. Denn letztlich gebe es nur eine Lösung, um ein sozialeres und gerechteres Europa zu erreichen: Die Politiker, unsere Volksvertreter, auf europäischer Ebene und darüber hinaus auch in den nationalen Parlamenten, sollten nicht nur hören, sondern vor allen Dingen auch zuhören – und das ernst nehmen, was gesagt werde. Und vielleicht auch hin und wieder in der Lage sein, sich selber in Frage zu stellen. Mit Blick auf die Präsidentschaftswahl in Frankreich, aber auch vor dem Hintergrund der Gemeindewahlen in Luxemburg sei die Zeit mehr als gekommen, „endlich wieder auf die Menschen zuzugehen.“





Das Jahr 2016, so Romain Wolff weiter, sei gekennzeichnet gewesen durch die vorbereitenden Arbeiten zur Steuerreform, zu der sich auch die CGFP regelmäßig geäußert habe. Die großangelegte und erfolgreiche Protestaktion vom vergangenen 16. Juni gegen weiteren Sozialabbau im öffentlichen Dienst wertete der CGFP-Generalsekretär als deutliches Signal an die politisch Verantwortlichen, endlich Schluss zu machen mit schleichendem Abbau. Eins habe diese Protestveranstaltung allemal deutlich gemacht, und zwar, dass die CGFP durchaus in der Lage sei, ihre Mitglieder zu mobilisieren, falls dies erforderlich sei. Sein Dank gelte jedenfalls allen, die dem Aufruf gefolgt gewesen seien.

2016 sei aber auch gekennzeichnet gewesen durch eine Vielzahl von Schlichtungsverfahren, „so viele wie nie zuvor“. Die nun von der Personalvertretung der Flughafenverwaltung in die Wege geleitete Schlichtung zeige nur allzu gut, wohin inexistenten Sozialdialog führen könne. Die einzige Frage, neben dem Abschluss eines Gehälterabkommens, die 2016 im Dialog mit dem zuständigen Finanzminister ohne Schlichtungsverfahren hätte gelöst werden können, sei diejenige bezüglich der künftigen Nutzung der Dienstwohnungen gewesen.

Neben dem ständigen Einsatz gegen die Auslagerung und Privatisierung von öffentlichen Aufgaben, dem Eintreten für den Fortbestand unserer gut funktionie-

renden Krankenkasse, deren Existenz von interessierter Seite in Frage gestellt worden sei, sowie für den Erhalt unserer Berufskammer bestehe Gewerkschaftsarbeit zu einem ganz großen Teil aus Gesprächen mit Gewerkschaftsmitgliedern und Mitgliedsorganisationen, die bei der CGFP Rat suchten, der Ausarbeitung von Gutachten, Pressemitteilungen und Vorträgen, der Vorbereitung von Pressekongressen oder, ganz einfach, dem Sammeln von nützlichen Informationen. Um all das zu bewerkstelligen, könne die CGFP auf gute und hoch motivierte Mitarbeiter zurückgreifen, denen er ein herzliches Dankeschön sagen wolle.

Auf internationaler Ebene beteilige sich die CGFP an den Arbeiten der Internationalen Arbeitskonferenz (BIT)

in Genf, den Sitzungen der CESI, der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften in Brüssel, sowie an den von der Akademie Europa zu bedeutungsvollen Themen organisierten Fachtagungen.

Auch Ende 2016 sei die CGFP bestens aufgestellt: ideologisch neutral und parteipolitisch unabhängig. Sie bleibe auch weiterhin ihren Prinzipien treu und werde sich auch in Zukunft gegen jeglichen Sozialabbau und für verbesserte und angemessene soziale Arbeits- und Lebensbedingungen aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten einsetzen – und das auch unter einer neuen Führungsmannschaft.

Zum Abschluss der 50. CGFP-Vorständekonferenz wandte sich Emile Haag in einer emotionalen Ansprache nochmals an die Anwesenden. Nach 30 Jahren in seiner Funktion als Präsident der CGFP sei die Zeit gekommen, um sein Amt niederzulegen. In drei Jahrzehnten habe die CGFP viel für ihre Mitglieder erreichen können, nicht zuletzt wegen des unermüdbaren Einsatzes von CGFP-Mitgründern und früherem -Generalsekretär, Jos. Daleiden. Ihm sowie seinem Nachfolger Romain Wolff und allen anderen Mitgliedern des Exekutivbüros gebühre sein Dank für die jahrelange, gute Zusammenarbeit, ebenso wie allen Mitgliedsorganisationen der CGFP, die mit ihrer Solidarität und Ausdauer maßgeblich zum Erwerb der heutigen sozialen Errungenschaften im öffentlichen Dienst beigetragen hätten. Sichtlich gerührt verabschiedete sich Emile Haag schließlich unter langanhaltendem Applaus von der Gewerkschafts-Bühne.

p.r. / C.H. / s.h.

50. CGFP-Vorständekonferenz

Die Gäste

Christlich-Soziale Volkspartei (CSV):

Sylvie Andrich-Duval, Abgeordnete
Jean-Marie Halsdorf, Abgeordneter
Paul-Henri Meyers, Abgeordneter
Octavie Modert, Abgeordnete
Gilles Roth, Abgeordneter
Claude Wiseler, Fraktionspräsident

déi lénk:

David Wagner, Abgeordneter

Demokratische Partei (DP):

Eugène Berger, Fraktionspräsident
Gusty Graas, Abgeordneter
Max Hahn, Abgeordneter
Claude Lamberty, Abgeordneter

Kommunistische Partei (KPL):

Ali Ruckert, Parteipräsident

Luxemburgische Sozialistische Arbeiterpartei (LSAP):

Roger Negri, Abgeordneter

Fédération Générale de la Fonction Communale (FGFC):

Marco Thomé, Generalsekretär
Jean-Paul Kertz, Vizepräsident
Alain Spies, Kassierer

Wirtschafts- und Sozialrat (WSR):

Jean-Claude Conter

Ehemalige AGF:

Pierre Krack

Berufskammer des öffentlichen Dienstes:

Georges Muller, Direktor
Claude Agnes
Georges Trauffer

Staatsbeamtenkrankenkasse

Claude Stephany, Präsident
Claude Geimer



Ihre Berufsvertretung



50. CGFP-Vorstände Konferenz

Ein Empfang zu Ehren der Delegierten und Gäste





Eine Metropole krempelt sich gänzlich um

Unser Finanzplatz: eine solide und dauerhafte Errungenschaft, nicht aber unbedingt eine permanente Wachstumslokomotive

Der soziale Fortschritt, den wir berechtigterweise ständig einfordern und durchsetzen, beruht zwangsweise auf einem anhaltenden Wirtschaftswachstum, welches seinerseits aber nicht selbstverständlich ist. Das hohe Lebensniveau, das unser Land von seinen direkten Nachbarn und den meisten anderen Staaten unterscheidet, verlangt dauernd ernsthafte und zielstrebige Anstrengungen, vor allem auch vom Staat, und hier nicht nur von den politischen Entscheidungsträgern, sondern auch von einer kompetenten und motivierten Verwaltung.

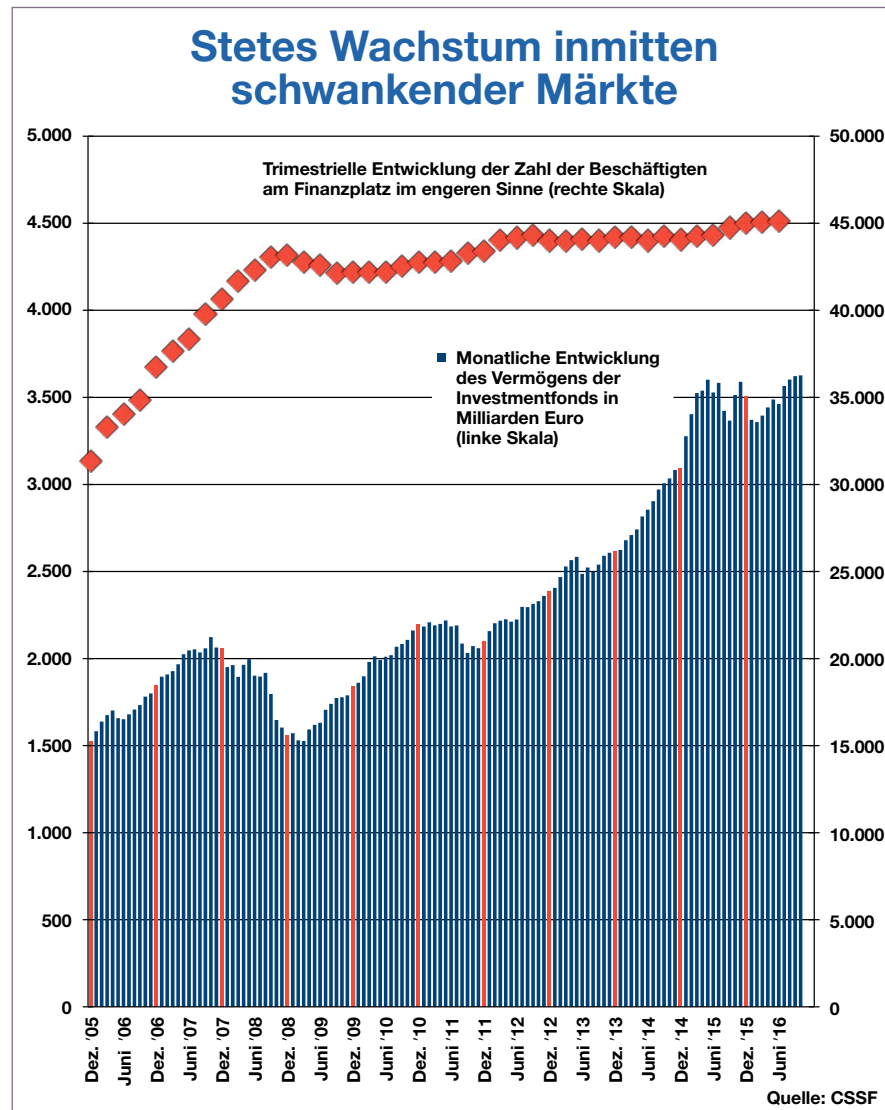
Die anhaltende Suche Luxemburgs nach neuen ökonomischen Wachstumsfeldern, in der digitalen Welt, bei der Logistik oder im Weltall, mit Start-Ups und mit Fintechs, muss zudem gesehen werden vor dem Hintergrund der anhaltenden Herausforderungen durch ein sich schneller wandelndes internationales Umfeld. Neue Impulse sind ständig erforderlich, weil es nicht möglich ist, einfach auf der Erfolgswelle unserer wettbewerbsfähigen Exportprodukte weiter zu surfen, wenn die Hälfte Europas und weite Teile der übrigen Welt von einer finanziellen oder wirtschaftlichen Schwäche in die nächste taumeln.

Vor allem ist unser Finanzplatz zu einem „reifen“ Wirtschaftsbereich mit einem moderateren Wachstum geworden. Zwischen Ende 2003 und 2008, also in nur 5 Jahren, hatte er noch 15.700 zusätzliche Jobs geschaffen, was einem Zuwachs von gut 3.000 jährlich entsprach, oder einem Plus von 58% in 5 Jahren. Während und nach der Banken- und Finanzkrise kamen dagegen von 2008 bis heute, in 8 Jahren, netto nur noch 3.500 Arbeitsplätze hinzu, ein Plus von 8% in 8 Jahren, und weniger als 500 jährlich.

In der Finanzwelt mit ihren derzeitigen Niedrigzinsen stottert der Einnahmen- und Profit-Motor allerorten, und somit auch in Luxemburg. Da wird dauernd und überall umstrukturiert, gelegentlich auch mit Massenentlassungen und Sozialplänen, und vor allem steht, als Folge der staatlichen Rettungsaktionen zugunsten der Bankinstitute, seit Jahren in vielen Ländern ein wachsender nationaler Protektionismus im Vordergrund. Und gleichzeitig muss europaweit der Finanzsektor kostenmäßig und verwaltungstechnisch einen wahren Tsunami an neuen Regulierungen verdauen. Zudem steht Luxemburg an der internationalen Steuerfront seit Jahren unter permanentem Beschuss, ohne dass sich diesbezüglich ein Ende absehen ließe.

Dennoch hat unser Finanzstandort die verheerende internationale Krise ab 2008 deutlich besser überstanden als London und New York, wo man kurzfristig 100.000 beziehungsweise 80.000 Entlassungen erlebte. Den Luxemburger Akteuren gelang es, sich sozusagen neu zu erfinden und strukturell umzukrempeln. Neben dem Wegbrechen vieler großer Finanzgeschäfte durch die Bankenkrise musste man auch die Flucht der vielen privaten Steuermogler verkraften.

Dabei wurde aus einem rein europäischen agierenden Bankenplatz graduell eine global anerkannte Finanzmetropole, weil man die krisenbedingte Verschnaufpause resolut zur Erneuerung und zur Verbreiterung der Produktpalette und zur Ausdehnung



der Märkte und der Kundenstruktur nutzte. Trotz der neuen Steuertransparenz werden heute mehr Privatvermögen hier verwaltet als vorher.

Die Verschiebung ist beachtlich. Stellten zur Jahrtausendwende die eigentlichen Banken noch 88% aller Arbeitsplätze unseres Finanzplatzes, so wiegen sie heute nur noch 58% im Total. Die übrigen 42% der derzeit Beschäftigten, immerhin 19.000 Personen, arbeiten bei Fonds-Betreibern, Investitionsunternehmen und sonstigen lizenzierten Finanzdienstleistern („autres professionnels du secteur financier“). Somit haben die sogenannten „Nicht-Banken“ in gut 15 Jahren 85% aller zusätzlichen Jobs im Finanzsektor geschaffen und dabei ihre Belegschaft mehr als versechsfacht, während die Banken selbst nur um 22% zulegen konnten und der Finanzplatz insgesamt personalmäßig um 84% wuchs.

Heute beschäftigen die Banken weniger Mitarbeiter als vor der Krise, der Finanzplatz insgesamt aber fast 3.000 mehr als damals. Somit wächst er aber nur weiter, weil er rechtzeitig seine Abhängigkeit vom Einlagen- und vom Kreditgeschäft abbauen konnte, zugunsten von Fonds- und Wertpapiergeschäften, von Finanzstrukturierungen und vielem anderen mehr.

Und das Großherzogtum seinerseits sichert sich einen anhaltenden Aufschwung, indem es über die Finanzgeschäfte hinauswächst und zu einem vielseitigen Unternehmenszentrum mutiert. Seit Herbst 2008 konnte der Wirtschaftsstandort Luxemburg insgesamt 66.600 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, eine Steigerung um 19% in weniger als 8 Jahren, davon allerdings nur 3.000 auf dem Finanzplatz und netto überhaupt keine in den eigentlichen Banken. In diesem Sinne ist Luxemburgs Wirtschaft nicht

nur post-industriell, sondern auch bereits fast post-bankär.

Schneller als der Finanzplatz wächst nun das neue internationale Umfeld unseres Finanzsektors mit all seinen Beteiligungsgesellschaften und vielfältigen Fonds und Strukturen, wie etwa den Soparfis oder Sociétés de participations financières oder den Special Purpose Vehicles. Die Banker und ihre Audit- und Managementberater haben es offensichtlich geschafft, viele ihrer internationalen Kunden nach Luxemburg zu locken, um sie so verstärkt an sich zu binden.

Die Soparfi-Beteiligungen haben volkswirtschaftlich wie budgetär einen ganz anderen Stellenwert als die ehemaligen steuerbefreiten Holdinggesellschaften nach dem 1929er Gesetz, was ersichtlich wird aus ihren Fiskalabgaben. Gemäß einer Notiz des Finanzministeriums, die an die Presse gelangte, erreichten ihre Einkommenssteuern (Körperschaftssteuer plus kommunale Gewerbesteuer) 2014 eine Höhe von 560 Millionen Euro, 40% mehr als der entsprechende Beitrag der Banken, welcher nur noch 401 Millionen erreichte. Dabei war der Obolus der Banken seit 2011 um 38% gesunken, jener der Soparfis um 41% gestiegen. Einem Gutachten des Rechnungshofes zufolge erreichten die Abgaben der Soparfis an den Staat 2015 ein Volumen von 935 Millionen Euro, was 38% der Abgaben des Finanzsektors im breiteren Sinne ausmacht.

Die Expansion der internationalen Tätigkeiten in Luxemburg beruht somit zunehmend auf der Zuwanderung von internationalen Unternehmen aus den unterschiedlichsten Wirtschaftsbereichen außerhalb der Finanzwelt. Sie nutzen Luxemburg als einen Standort für ihre grenzüberschreitenden Aktivitäten, wobei die individuellen Vorgehensweisen extrem vielfältig sind.

Dank dieser neuen internationalen Dimension wird der Standort Luxemburg graduell weniger abhängig von den Transaktionen der Finanzwelt im engeren Sinne, und von den wachsenden Herausforderungen, denen diese ausgesetzt ist.

Hier muss nachdrücklich daran erinnert werden, dass im Laufe der Zeit immer wieder wesentliche Bestandteile und Wirkungsfelder des Finanzplatzes plötzlich geschrumpft oder gar weggebrochen sind. Dabei haben es in Luxemburg die Banker aber immer wieder geschafft, alternative Einkommensfelder zu entdecken, zu erschließen und dann gewinnbringend zu beackern.

Selbstverständlich konnten sie dies nur dank der tatkräftigen und proaktiven Mitwirkung von Regierung und Gesetzgeber, wie auch der zuständigen Luxemburger Aufsichtsbehörden und Verwaltungen. Der Finanzplatz und sein Gedeihen sind ja keinem Zufall zu verdanken, sondern dem systematischen Schaffen und Erhalten eines günstigen Umfeldes.

Die Veränderung der Landschaft ist zum Teil dramatisch, selbst wenn die Außenstehenden wenig davon bemerkten. Bis 2008 dominierte beispielsweise die Präsenz von Filialen und Zweigniederlassungen deutscher Banken, auch wenn ihre Zahl bereits von 1995 bis 2008, vor allem infolge von Fusionen und Umstrukturierungen, von 72 auf 42 zurückgegangen war. Nach 2008 aber schrumpfte diese Zahl auf nur noch 24 Einheiten, wobei die Bilanzsumme der deutschen Tochterbanken sich fast halbierte, von ca. 300 auf nur noch 165 Milliarden Euro. Diesen Berggrutsch konnte Luxemburg wegstecken, nicht ohne weiteres zwar, aber immerhin.

Trotz mancher, derart dramatischer Rückschläge ist unser Finanzplatz insgesamt solide geblieben und wächst stetig weiter: Nur sieht er eben heute ganz anders aus als vor 10 Jahren, oder vor 20 und 30 Jahren, ohne dass der Durchschnitts-Luxemburger dies bemerkt hätte. Ohne die Fähigkeit zum ständigen Wandel aber würde er für das Land schnell zu einem enormen Klotz am Bein werden, wegen seiner schiereren Größe im Vergleich zur Gesamtwirtschaft.

Zählt man die Tätigkeiten der Versicherer und Rückversicherer hinzu, so beschäftigt der Finanzplatz heute über 50.000 Menschen, nicht mitgezählt das Personal der CSSF, der Zentralbank, des Versicherungs-Kommissariats und der (als extraterritorial geltenden) Europäischen Investitionsbank, und auch ohne die vielen Mitarbeiter der direkten Zulieferer, etwa in der Audit- und Beratungsbranche und den spezialisierten Anwaltskanzleien.

Damit aber stellt der Finanzsektor eine beachtliche Errungenschaft dar. Er bringt rund 20% aller Steuereinnahmen und 35% der direkten Steuern auf. Somit lohnt es sich ohne Zweifel, das Erreichte gegenüber den vielen ausländischen Anfeindungen zu verteidigen. Dazu bedarf es konstanter Anstrengungen, denn gesicherte Pfründe kennt die moderne Ökonomie des 21. Jahrhunderts nicht, inmitten der fortschreitenden europäischen Harmonisierung und der steigenden globalen Konkurrenz.

Mit Gewissheit bleiben auch künftig in der Finanzbranche Fälle von Stellenabbau und Sozialpläne weiter an der Tagesordnung, denn Tätigkeiten,

die sich ohne gravierende Konsequenzen in Niedriglohnländer verschieben lassen, werden auf die Dauer verloren gehen, und die disruptiven Fintech-Haifische lauern bekanntlich nur darauf, den Bankern ihre Wurst vom Butterbrot zu schnappen.

Natürlich ist unsere Finanzmetropole inzwischen breiter aufgestellt als je zuvor. Strukturell ist sie solider geworden und wird voraussichtlich auch weiter wachsen. Doch die enorme volkswirtschaftliche Bedeutung der Branche und ihre anhaltende Anfälligkeit gegenüber externen, ebenso unvorhersehbaren wie unkontrollierbaren Ereignissen zwingen die Verantwortlichen des Landes dazu, gleichzeitig mit der Verteidigung des Platzes auch unsere hohe Abhängigkeit von ihm graduell zu reduzieren.

Und parallel dazu gilt es, für die Gesamtheit unserer Volkswirtschaft wie für unsere Gesellschaft insgesamt, die anstehenden Folgen der vierten industriellen Revolution vorwegzunehmen, die bekanntlich in den kommenden Jahrzehnten europaweit wie weltweit einen massiven Wegfall von Jobs in allen Bereichen bringen, als Folge einer flächendeckenden Digitalisierung vieler Arbeitsvorgänge, in der Produktion wie in der Verwaltung. Auf politischer Ebene werden europaweit die entsprechenden Perspektiven offensichtlich total vernachlässigt.

Umso wichtiger ist, dass Luxemburg, statt sich in schwachsinnigen Debatten über angeblich ruinierte Staatsfinanzen und weit entfernte Rentenmauern zu verlieren, sich um die künftige Ausrichtung unserer gesamten Wachstumsstrategie sorgt und weitere Diversifizierungsinitiativen verfolgt, bis in den Weltraum hinein.

Wenn wir hier anmahnen, sich weiter um die Zukunft des Finanzsektors zu bemühen und das Risiko im Auge zu behalten, das er darstellt, so sehen

wir dennoch keinen Grund für Pessimismus, Angst oder Panik. Das muss nachdrücklich betont werden. Wenn in diesem internationalen Tätigkeitsbereich, mehr als in jedem anderen, sich die geopolitischen und die inner-europäischen Beziehungen weiterhin ständig verschieben, so bringt dies nämlich nicht nur ständige Herausforderungen, sondern ebenso viele Entwicklungschancen.

So zieht Luxemburg derzeit beispielsweise deutlichen Nutzen aus dem hohen Interesse der chinesischen Banken an Europageschäften, wie auch aus den Konsequenzen eines Schweizer Immigrations-Referendums, das die bilateralen Verträge der Helvetier mit der EU verändern wird, mit der Verlagerung von Finanztätigkeiten aus der Schweiz in die EU.

Und das Gleiche wird punktuell gewiss auch für die jüngste Brexit-Entscheidung gelten, selbst wenn hier die konkreten Folgen und deren Ausmaßen weiterhin schwer zu bewerten sind. Die anstehenden Turbulenzen werden die City nicht ihrer Rolle als finanzieller Weltmetropole berauben; für die zu erwartende, begrenzte Verschiebung Londoner EU-Tätigkeiten sehen die Experten im Finanzbereich aber nur drei mögliche Gewinner: Frankfurt, Dublin und Luxemburg.

Ohne spektakuläre Erwartungen für die Zukunft zu hegen, muss man anmerken, dass die rezente Entwicklung unsere Position in Europa und der Welt deutlich verbessert hat. Im viel beachteten Standort-Ranking „Global Financial Center Index“ steht unser Finanzplatz heute – die letzte Erhebung wurde kurz vor der Brexit-Entscheidung abgeschlossen – weltweit an 12. und in Europa an 3. Stelle, gegenüber dem 26. beziehungsweise dem 8. Platz vor der Wirtschaftskrise. Durch diese Verbesserung zog Luxemburg vorbei an Amsterdam, Dublin, Paris, Genf und Frankfurt und rangiert nun in Europa le-

diglich noch hinter London und Zürich.

Diese Klassifikation bedient sich der rezentesten Finanzstatistiken und einer weltweiten Umfrage unter Top-Financiers und erfasst die internationale Bedeutung aller Standorte, nicht ihre Größe: Frankfurt und Paris sind ja wegen ihrer Inlands-Geschäfte deutlich größer als Luxemburg. Unser Platz, heute Nummer 3 in Europa, Nummer 2 in der EU und Nummer 1 in der Eurozone, wird in der gleichen Erhebung von den weltweiten Experten ebenfalls, unter allen europäischen Finanzstandorten, zu demjenigen mit dem meisten Entwicklungspotential erklärt.

Auf welchem Gebiet die internationalen Geschäftstätigkeiten in Luxemburg am schnellsten wachsen, haben wir vorhin angedeutet: nicht innerhalb des Finanzplatzes im engeren Sinne, also den von CSSF, Zentralbank und Versicherungs-Kommissariat überwachten Unternehmen, sondern vielmehr an der Peripherie des Finanzplatzes, bei den internationalen Kunden der Finanzakteure, der Audit- und Beraterbranche und der internationalen Kanzleien.

Wir sprechen von den grenzüberschreitend aktiven Unternehmen und Konzernen, die bei ihrem Corporate Engineering zunehmend Luxemburg einbeziehen. Die einen errichten hier ihre globale Zentralholding, andere hingegen ihr europäisches oder internationales Hauptquartier, oder aber eine Koordinierungszentrale mit spezifischen Funktionen der gesamten Gruppe, sehr oft im Finanzierungs-, Treasury- und Zahlungs-Bereich, aber auch für die Warenbeschaffung, die Verwaltung von geistigem Eigentum oder das Abwickeln digitaler Aufgaben usw.

Also oft Dinge, die für einen Außenstehenden nur schwer nachzuvollziehen sind, für die betroffenen multinationalen Unternehmen allerdings eine entscheidende Bedeutung haben. Es

sind allesamt grenzüberschreitende Tätigkeiten, die sich leichter abwickeln lassen in einem vielsprachigen und multikulturellen Ambiente, an einem zentral gelegenen Standort innerhalb der EU, mit einem unternehmensfreundlichen staatlichen Umfeld.

Zuweilen ist eine derartige Firmenpräsenz überwiegend formaljuristischer Art; und darauf gründet ja auch das Bestehen von unzähligen Briefkastenfirmen ohne nennenswerte Substanz vor Ort und meistens auch ohne nennenswerten Ertrag für Luxemburg. Und insofern die Motive dabei hauptsächlich oder ausschließlich steuerlicher Art sind, wird diese Präsenz in Luxemburg, angesichts der jüngsten fiskalpolitischen internationalen Entwicklungen, wohl auch kaum Bestand haben.

Oft aber sind die entsprechenden Niederlassungen, Firmen und Büros zwar klein, aber mit hochdotierten Fachkräften besetzt, wegen ihrer wichtigen Funktionen im Gesamtkonzern. Und insofern dabei Steuervorteile eine gewisse Rolle spielen, wird die „Substanz“ (lies: die Personaldecke) hier tendenziell eher aufgestockt werden, da nur dadurch die Möglichkeit erhalten werden kann, Ergebnisse in Luxemburg zu versteuern statt anderswo.

Die sechs Großen der Audit- und Beratungsbranche (PwC, KPMG, E&Y, Deloitte, BDO und Alter Domus) haben in Luxemburg zwischen dem 1. September und dem 15. Oktober 2016, also binnen gut 6 Wochen, zusammen nicht weniger als 970 neue Mitarbeiter eingestellt, die allermeisten mit Universitätsabschluss. Und dies, geschätzter Leser, ist jetzt kein Tippfehler! Aber als Artikelabschluss ist es ein ermutigender Ausblick in die immediate Zukunft. Die längerfristige dagegen können wir nicht zuverlässig abschätzen.

Paul Zimmer

Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire et secondaire technique luxembourgeois

Inscription et informations (**Attention: nouvelles heures d'ouverture!**)

mardi: de 9h30 à 11h30 et de de 14h30 à 16h30

mercredi: de 14h30 à 16h30

jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 afas@cgfp.lu
http://www.cgfp.lu/cgfp_services

AFAS CGFP
Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Werden Sie noch heute Mitglied

Die CGFP bietet:

- Wirksame Berufsvertretung, besonders Ihrer moralischen und materiellen Interessen und erworbenen Rechte
- Gratisabonnement auf die Verbandszeitung „fonction publique“
- Kostenlose juristische Beratung in Beamtenrechtsfragen
- Kostenlose Auskunft und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten

sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot:

- CGFP-Bausparen (mit Sofortkredit)
- CGFP-Versicherungen (alle Sparten)
- Krankenzusatzversicherung
- CGFP-Sterbekasse (mit Zugang zur „Caisse chirurgicale“)
- Zusatzpensionsversicherung
- Service CGFP de Placement (Geldanlage)
- CGFP-Konsumkredit („petits prêts“)
- Fondation CGFP de Secours / CGFP-Hilfswerk
- CGFP-Reiseagentur Lux Voyages
- Kindertagesstätten „Kaweichelchen“ und „Am Butzenascht“
- CGFP-Nachhilfevermittlung für die Sekundarstufe „AFAS“

Und so einfach geht's:

Antragsformular auf unserer Webseite ausfüllen und einsenden an:

CGFP Boîte postale 210
L-2012 Luxembourg





Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu den allergünstigsten Bedingungen

Unschlagbares Angebot

für:	mit:
Wohnungsbau/-kauf	Sofortkredit
Modernisierung	CGFP-Vorzugsdarlehen
Grundstückwerb	Steuervorteilen

Lassen Sie sich unverbindlich beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden an:

OEL/CGFP

Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg

Baukredit:

Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)

Sichern Sie sich Ihre Steuervorteile 2017

Bausparen aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbausparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie beeinflussen selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar.

Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Sie haben die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35% oder sogar 1,25%. Ganz so, wie es Ihren Wünschen entspricht.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbausparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen wollen, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungs-

plan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Spareinlage mit Rendite

Wollen Sie kein Bauspardarlehen in Anspruch nehmen oder sind Sie noch unentschlossen, so bietet sich der BHW KomfortBausparen im heutigen Zinsniveau als attraktive Spareinlage an. Während der Vertragslaufzeit erhalten Sie eine Verzinsung von 1% und sichern sich auch eine Option auf ein günstiges Bauspardarlehen. Der Tarif ist für alle geeignet, die

- zinsstark sparen möchten
- noch nicht sicher sind, ob sie Wohneigentum erwerben möchten
- sich heute schon einen attraktiven Sollzins sichern wollen
- für eine anstehende Modernisierung Kapital brauchen.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkkonto können Sie steuerlich absetzen: jedes Jahr bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern macht das z.B. 2.688 Euro. Mit der Umsetzung der Steuerreform werden weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung erwartet. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



Schiefer-Schick



Schiefer boomt. In Küchen, Bädern und oft auch in Wohnräumen wird der traditionsreiche Naturstoff zum prägenden Element moderner Wohnlandschaften. Die Geschichte von Schiefer ist alt. Vor rund 400 Millionen Jahren entstand der Naturstein unter gewaltigem Druck aus Tonen und anderen Mineralien. Dass das schimmernde Urgestein heute beliebter denn je ist, verdankt es seinen speziellen Eigenschaften. Jedes Jahr werden mehr als vier Millionen Quadratmeter Schiefer verlegt. Das Naturprodukt ist vielseitig einsetzbar. Während Schiefer auf Dächern für Schutz sorgt, leistet er in Funktionsbereichen wie Küche und Bad vielfältige Dienste. Be-

sondere Eigenschaften: ökologisch, schmutzunempfindlich, unbrennbar. „Schiefer besitzt eine hohe Wärmeleitfähigkeit und ist für Fußbodenheizungen bestens geeignet“, sagt Tim Rehkopf von der BHW Bausparkasse. „Die höheren Kosten amortisieren sich, weil Schiefer nachhaltig und strapazierfähig ist.“ Die Preise pro Quadratmeter liegen bei 25 bis 200 Euro. Hier gilt: Je weniger porös und damit anfällig das Naturmaterial ist, desto teurer. Immer öfter wird Schiefer auch zu rein dekorativen Zwecken für Wohnräume eingesetzt. Die Farben reichen von Blau, Graugrün, Rost bis hin zu Orange.

Brandaktuell – neue Kaminöfen



Draußen fröstelt's, drinnen knistert's: Verkleidet mit Naturstein, Stahl oder Glas rücken die Kaminöfen als effiziente Wärmesponder ins Zentrum von Wohnräumen

Sie schaffen mehr als nur romantische Atmosphäre. Die neuen Kaminöfenmodelle sind mit moderner Verbrennungstechnik ausgestattet, die eine optimale Energieeffizienz bei geringen Emissionen gewährleistet. Die Auswahl ist groß. Hightech vom Feinsten bieten etwa Pelletkaminöfen mit vollautomatischer Brennstoffzufuhr. Über eine elektronische Regelung lassen sich Raumtemperatur

und Heizzeit programmieren und per Smartphone steuern. Mit einer an den Heizkreislauf angeschlossenen Wassertasche, die das Trink- und Heizungswasser erwärmt, machen sie in gut gedämmten Häusern sogar die Zentralheizung überflüssig. „Immer beliebter werden flexible Systeme, die verschiedene Heizquellen kombinieren und kostenlose Umweltwärme mit einbeziehen“, erläutert Stefanie Binder von der BHW Bausparkasse. So bilden Kaminöfen eine gute Ergänzung zu Fußboden- oder Wandheizungen.

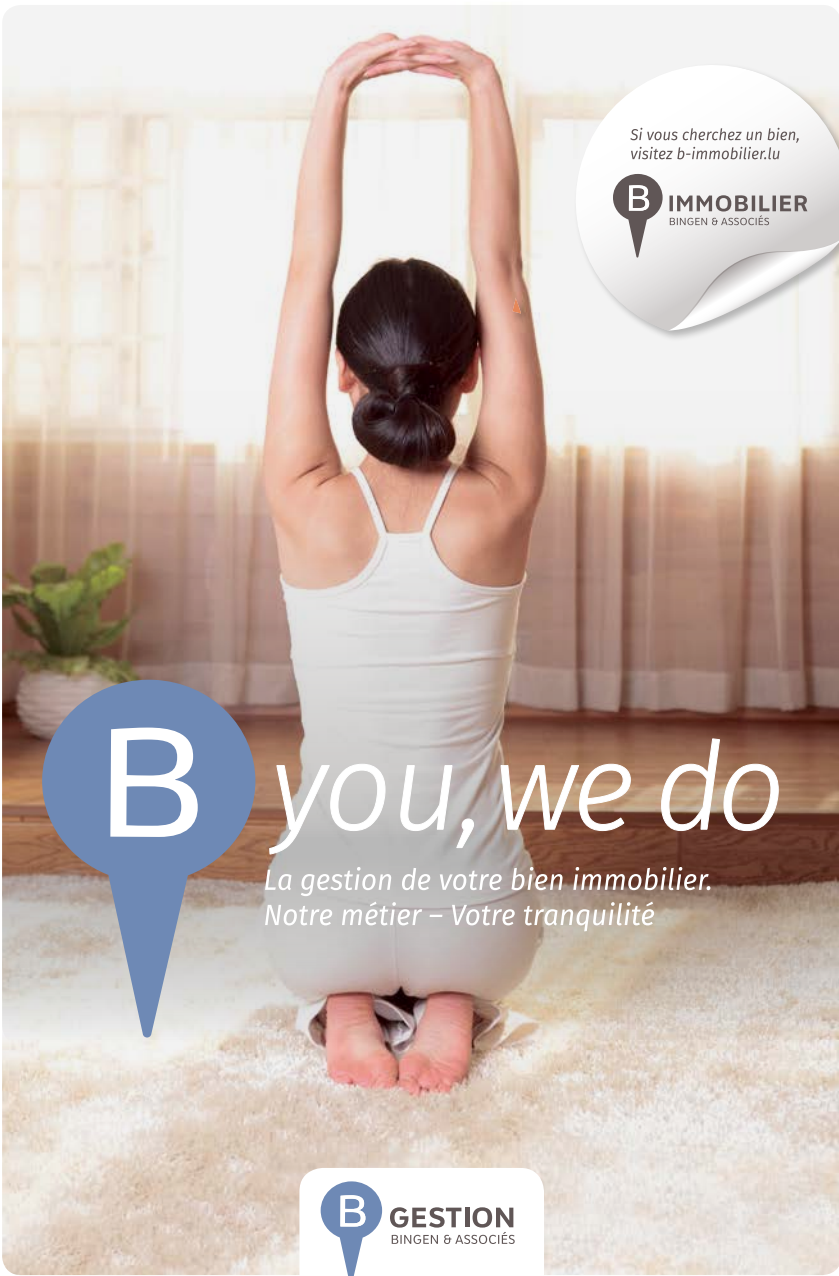
Neues Design bei Heizkörpern



Lange galt für Standardheizkörper, dass sie sich in weißen Einheitsfarben am besten schön unauffällig an die Wand anpassen sollten. Jetzt bekommen diese nüchternen Flachkörper Konkurrenz. Als Einrichtungs-elemente mit vielfältigem Formen- und

Farbenspiel lösen Heizkörper die nur auf Funktion reduzierten Radiatoren ab. Design-Geräte in auffälligen Formen und Farben, von sehr kräftigen Tönen bis hin zum Metallic-Look werden ganz gezielt zur Gestaltung von Wohnräumen eingesetzt. Ebenso rückt die Bedienerfreundlichkeit deutlich mehr in den Fokus. So werden etwa Ventile noch besser zugänglich gemacht. In den meisten Fällen zählt sich der Austausch aus, denn in zwei Dritteln aller Bauten verbrauchen veraltete Heizsysteme unnötig viel Energie. Mit geringer Bautiefe, kleinem Wasserinhalt und großen Übertragungsflächen reagieren moderne Heizkörper viel rascher auf Temperaturänderungen im Raum. „Bis zu 15 Prozent Energie spart der Einbau von Niedrigtemperatur-Heizkörpern“, erläutert Angelika Sosnowski von der BHW Bausparkasse.

Luxembourg | Diekirch | Mersch | T 26 44 13 88 | b-gestion.lu  find us on facebook



B you, we do
 La gestion de votre bien immobilier.
 Notre métier – Votre tranquillité

B IMMOBILIER
 BINGEN & ASSOCIÉS

B GESTION
 BINGEN & ASSOCIÉS

Si vous cherchez un bien, visitez b-immobilier.lu

Viandes fraîches
 Gibier - Volaille
 Charcuteries
 Salaisons

A W I E T O R
 VIANDES EN GROS

www.wietor.lu

19A, rue de Haller
 L-6312 Beaufort
 Tél : 83 64 85-1
 Fax : 86 90 87
 e-mail : wietor@internet.lu







Des racines profondes, des branches solides

Fondé il y a plus de soixante ans au Luxembourg, le groupe KBL epb puise ses racines à travers l'Europe et vous offre de prendre appui sur des branches solides.

KBL EUROPEAN PRIVATE BANKERS

AMSTERDAM | BRUXELLES | LONDRES | LUXEMBOURG | MADRID | MONACO | MUNICH | PARIS

WWW.KBL.LU

Im Dienste der CGFP-Mitglieder

Schnelles Wachstum von CGFP Assurances dank günstiger Tarife und einer zuvorkommenden und sachkundigen Betreuung

Tausenden von Gewerkschaftsmitgliedern ist sie persönlich ein Begriff, die Versicherungsagentur CGFP Assurances, nicht bloß, weil man das Logo irgendwo gesehen hat, sondern vor allem, weil man sich als zufriedener Kunde ihr zugehörig fühlt. Sie entstand im Frühjahr 2012 und begeht also demnächst ihr fünfjähriges Bestehen. Dies ist natürlich noch kein rundes Jubiläum, das eine Festtagsfeier rechtfertigen würde.

Es darf aber wohl der Anlass für einen Rückblick und eine Bewertung der Entwicklung sein. Und siehe: Wer die Tätigkeit im abgelaufenen Jahr 2015 mit dem ersten vollen Geschäftsjahr 2013 vergleicht, stellt bei den eingezahlten Prämien einen Zuwachs von über 40% binnen nur 3 Jahren fest, bei einer ständig steigenden Zahl der Versicherungskunden.

Für eine derartig ungewöhnliche Expansion muss es schon gute Gründe geben. Diese sind einerseits die sehr günstigen Tarife, welche den CGFP-Mitgliedern reserviert sind, und es ist andererseits die fachgerechte, freundliche Betreuung durch ein eigenes, motiviertes und hochkompetentes Personal.

Es gelten nicht nur besondere Tarife für die wichtigsten Versicherungsprodukte, für die Gewerkschaftsmitglieder gibt es zusätzlich, jeweils im Herbst, für die Feuer- und Autohaftpflicht-Versicherungen eine „Ristourne“ durch CGFP-Services. Diese Vereinigung ohne Gewinnzweck ist ja kein profitorientiertes Unternehmen, sondern eine gewerkschaftlich ausgerichtete Struktur der Solidarwirtschaft. Die Gesellschaft CGFP Assurances ihrerseits spendet von ihrem Jahresergebnis einen Teil an die Fondation CGFP de Secours.

Die den Mitgliedern gebotenen Vorteile sprechen sich herum, und deswegen wächst die Kundenzahl weiter, und in zunehmendem Ausmaß konzentrieren die bestehenden Kunden alle ihre Versicherungspolice bei CGFP Assurances. Um auch weiterhin eine zügige und optimale Abwicklung der wachsenden Nachfrage sicherzustellen, hat sich die Agentur unter dem neuen Direktor Marco Moes in den letzten Monaten personalmäßig breiter aufgestellt.

Besuch im Haus

Der nachhaltige Erfolg der Agentur wurde zum Jahresbeginn dem neuen CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger vorgetragen und erläutert, in der Erwartung, dass diese Nachricht alle CGFP-Mitglieder erreicht, die noch nicht Kunde der Agentur sind oder die erst einen Teil ihrer Versicherungen hier abgeschlossen haben.



Als Chefredakteur von „fonction publique“ erwarb sich Steve Heiliger Verdienste am Aufbau der Versicherungs-Agentur CGFP Assurances: Nun erläutern ihm Verwaltungsrats-Präsident Paul Zimmer (rechts) und Direktor Marco Moes (links) den Erfolg.

Zusammen mit Direktor Moes hatte Verwaltungsratspräsident Paul Zimmer nämlich den neuen Generalsekretär in die Agentur eingeladen, allerdings nicht, wie er sagte, weil dieser den Betrieb noch nicht kennen würde. Steve Heiliger ist nicht nur Kunde, vor allem hat er in den vergangenen Jahren als „fonction publique“-Chefredakteur mehrfach Reportagen und Interviews über die Agentur und ihre Dienstleistungen veröffentlicht und so maßgeblich zum Erfolg beigetragen.

Dass hinsichtlich der Versicherungsprodukte viele Gewerkschaftsmitglieder heute gut beraten sind und zu günstigen Lösungen geführt werden, ist aber keine Besonderheit. Denn auch für andere Bedürfnisse des Privat- und Familienlebens gibt es bekanntlich, in der großen CGFP-Gemeinschaft, weitere attraktive Angebote, etwa im Finanzbereich.

Den Kollegen günstige Tarife und Vertragsbedingungen zu sichern, war bereits vor Jahrzehnten ein Anliegen der Gewerkschaftspioniere der ersten Stunde, unter dem ständigen Impuls von CGFP-Gründer Jos. Daleiden. Deswegen schufen sie neben dem Berufsverband CGFP-Syndicat eine zweite, separate Struktur namens CGFP-Services, um – falls erforderlich auch über Partnerschaften mit vertrauenswürdigen Dritten – günstige Dienstleistungen für die Mitglieder sicherzustellen, beispielsweise in den Bereichen der Baufinanzierung und der Vermögensbildung und anderer privater Finanz- und Versicherungsbedürfnisse.

Die Vorgeschichte

So wurde in der Assurance-Sparte in den siebziger Jahren eine Zusammenarbeit mit einer belgischen Versicherungsgruppe aus dem öffentli-

chen Sektor vereinbart, welche über lange Jahre hinweg zur allgemeinen Zufriedenheit funktionierte. Doch als in Folge der Banken- und Finanzkrise die Belgier den Beschluss fassten, sich gänzlich aus Luxemburg zurückzuziehen, musste man sich gezwungenermaßen neu aufstellen.

„Die Lage war insofern heikel, als wir unbedingt verhindern wollten, dass das Portfolio der so viel tausend CGFP-Kunden und ihrer AME-Versicherungsverträge nun meistbietend veräußert würde. Jos. Daleiden bestand strikt darauf, dass die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder Vorrang haben müssten gegenüber allen anderen Überlegungen.“, erinnert sich der Präsident von CGFP Assurances und erzählt weiter:

„Um die Kontrolle über die Entwicklung in der Hand zu behalten, trug er mir in dieser Situation auf, Sondierungsgespräche im Versicherungssektor aufzunehmen. Mit Generaldirektor André Bredimus von Baloise Luxembourg kam es dann zum Einvernehmen und zur Übereinkunft, unter der ausdrücklichen Vorbedingung, alle Tarifvorteile unserer Mitglieder integral abzusichern. Binnen weniger Monate hatten wir einen günstigen Deal.“

Juristisch war diese Überführung der Policen unserer Mitglieder nicht ganz einfach, weil mannigfaltige gesetzliche Auflagen zu respektieren waren. Nach entsprechenden Gesprächen genehmigte und verordnete das staatliche Versicherungs-Kommissariat schließlich die Übertragung der Verträge aller CGFP-Mitglieder unter den AME-Kunden des Bereichs ‚Non-Vie‘ auf die Gesellschaft Baloise, wobei jedem Betroffenen natürlich ein Einspruchsrecht zustand.“

Bis dahin waren die CGFP-Mitglieder direkt von der Versicherungsge-

sellschaft AME betreut worden; doch jetzt entschied man sich für die Schaffung einer Versicherungsagentur nur für die Syndikatsmitglieder. „Das war offensichtlich ein kluger Schachzug“, stellt Paul Zimmer rückblickend fest, „denn wo attraktive CGFP-Tarife drinstecken, steht jetzt auch CGFP auf der Verpackung.“

Starke Argumente

Die diversen Vorteile für die Gewerkschaftsmitglieder kommen natürlich nicht von ungefähr. Sie erwachsen aus dem Gewicht, welches ein gemeinsames, solidarisches Auftreten sicherstellt. Für die privatwirtschaftlichen Partner von CGFP-Services, wie die Bausparkasse BHW oder die Versicherungsgesellschaft La Baloise, sind die Staatsdiener wegen ihres stabilen Arbeitsplatzes und ihrer soliden Kaufkraft eine besonders interessante Kundschaft, für die sich günstigere Bedingungen auch betriebswirtschaftlich rechtfertigen.

Nicht zuletzt ist es aber auch so, dass innerhalb des öffentlichen Dienstes die Vermarktung und die Kundenwerbung sich wirksam und kostengünstig organisieren lassen. Und deswegen konnten die Verantwortlichen von CGFP-Services, mit Tausenden von Kunden im Rücken, immer wieder attraktive Bedingungen aushandeln.

CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger zeigte sich sehr erfreut über die positive Geschäftsentwicklung der letzten Jahre und über den viel versprechenden Ausblick von CGFP Assurances. Er dankte Direktor Marco Moes und seinen engagierten Mitarbeitern für ihren täglichen Einsatz, um den gewerkschaftlich organisierten Staatsdienern einen günstigen Versicherungsschutz zu bieten.

Halten wir abschließend fest, dass die CGFP-Mitglieder nicht zögern sollten, sich für ihre bestehenden Versicherungspolice von der Agentur eine Offerte berechnen zu lassen. Oder, im Falle einer Autoversicherung, die entsprechende Berechnung sogar selbst vorzunehmen auf dem Internetportal www.cgfp-assurances.lu.

Bekanntlich ist im Bereich „Non-Vie“ der Versicherte prinzipiell berechtigt, jährlich seine bestehenden Verträge zu kündigen unter Wahrung der vorgesehenen Kündigungsfrist. Wenn Sie dann das günstigere Angebot von CGFP Assurances annehmen und eine entsprechende Order erteilen, wird die Agentur die erforderlichen Kündigungsprozeduren für Sie übernehmen.

G.

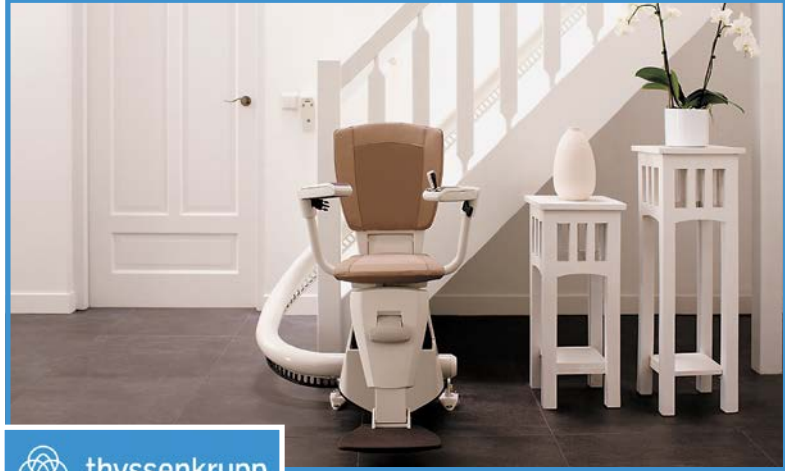


Zwei der freundlichen Stimmen am Telefon von CGFP Assurances sind jene von Yves Kuhn (links) und Joé Schmit (rechts)



Versicherungs-Fachwissen im Interesse der CGFP-Mitglieder liefern (von links nach rechts) Muriel Kutten, Yves Meisch und Yvette Lessure

Ihre Treppe leicht hinauf und hinunter!



 thyssenkrupp

Tel.: 40 08 96

THYSSENKRUPP ASCENSEURS S.à r.l.
E-mail: luxembourg@thyssenkrupp.com

L'union fait
la force!





Vos projets
ont de l'avenir



Louis,
futur
artisan boulanger

Charlotte,
future
présidente d'association

BGL BNP PARIBAS
S'ENGAGE POUR CONCRÉTISER VOS PROJETS
AU LUXEMBOURG

Répondons à vos besoins dans l'une de nos agences,
par téléphone au 42 42-2000 ou sur bgl.lu



BGL BNP PARIBAS | La banque d'un monde qui change

bgl.lu

BGL BNP PARIBAS S.A. (50, avenue JF Kennedy, L-2951 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg : B6481) Communication Marketing Juillet 2014

snaidero

CUCINE PER LA VITA

by **KITCHEN**
Store

204, Route d'Arlon

L-8010 Strassen

Tél. (+352) 26 11 98 50

www.kitchenstoreluxembourg.com



De Montage gëtt exklusiv
vun eisem geschoulte
Personal gemaach.

Frame designed by Iosa Ghini.

„Ein funktionierendes Gemeinwesen gibt Stabilität“

58. Jahrestagung des „dbb beamtenbund und tarifunion“
in Anwesenheit von CESI-Präsident Romain Wolff



Am 9. Januar fand in Köln die 58. Jahrestagung des „dbb beamtenbund und tarifunion“ in Anwesenheit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und des Innenministers Thomas de Maizière statt. Auch CESI-Präsident Romain Wolff begab sich anlässlich dieses Ereignisses in die Metropole am Rhein.

Es oblag dem Bundesvorsitzenden des „dbb beamtenbund und tarifunion“, Klaus Dauderstädt, die 58. Jahrestagung zu eröffnen. Als Thema habe man sich dieses Jahr die Zukunft Europas ausgesucht. In der Tat könne man sich angesichts der rezenten Entwicklungen – Brexit, der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA, die zunehmende Radikalisierung vieler Menschen usw. – fragen, „Wohin geht Europa?“.

Auch für den öffentlichen Dienst stelle sich diese Frage, zunehmend fühlten die Beamten sich weniger wohl in ihrer Rolle, „weil zu gering geschätzt von der Politik und weil zu wenig respektiert von den Bürgern“. In diesem Rahmen wolle er sich unter anderem den folgenden zwei Aspekten widmen, die die heutigen Aufgaben und Herausforderungen des öffentlichen Dienstes wiedergäben: die Relation der staatlichen Bediensteten zum Bürger und ihrem Verhältnis zu ihrem Arbeitgeber.

Aggression als Antwort auf empfundene Ungerechtigkeit

Die Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes beim Bürger, also beim Kunden, habe sich stark verändert. Die „Staatsdiener“ sollten stets erreichbar sein, ihre Entscheidungen in kürzester Zeit treffen und dabei absolut fehlerlos arbeiten. In Situationen bspw. in denen neue Gesetzgebungen erst zum Jahresende verabschiedet wurden und an Neujahr in Kraft treten, hätten die Sachbearbeiter aber noch nicht annähernd genug Zeit gehabt, sich in die neuen Bestimmungen einzuarbeiten, müssten diese Informationen jedoch auf verständliche Art und Weise an den Kunden bringen. Empfinde dieser



CESI-Präsident Romain Wolff im Gespräch mit FGFC-Ehrengeneralsekretär Erny Reuter (r.) und dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden des deutschen Beamtenbundes Ulrich Silberbach (Bildmitte)

allerdings die neue Regelung auch noch als ungerecht, so müsse sich der staatliche Bedienstete häufig gegen Aggressionen wappnen.

So gehöre es mittlerweile zum Alltag, sich auf Gewalttätigkeit einzustellen. Ein Phänomen, das sich aber nicht nur auf den öffentlichen Dienst beschränke, sondern die gesamte Gesellschaft betreffe, mit Folgen für den gesamten politischen Raum. Die Angst vor der Erfahrung mit Kriminalität im eigenen Leben sei längst nicht mehr durch die Sorge „nur“ vor einem Einbruch oder einem Taschendiebstahl dominiert, sondern von den Terroranschlägen in der Welt

und der zunehmenden Gewaltbereitschaft in verschiedenen Teilen der Gesellschaft. Den organisierten Import von Hass gelte es jedoch zu unterbinden, und – ungeachtet ihrer Nationalität – Menschen, deren ganzer Lebenszweck darauf ausgerichtet sei, möglichst viele in den Tod zu reißen, müsse keine Gesellschaft dulden.

Der Schutz des Bürgers vor diesen Gefahren sei ganz klar Aufgabe des Staates, und Tausende seiner Beschäftigten machten dies tagtäglich mit hoher Effizienz. Um sich dieser Ausbreitung von Gewalt entgegenzustemmen, könne man an

verschiedenen Punkten ansetzen. Erstens müsse mehr Aufmerksamkeit für dieses Thema hergestellt werden. Des Weiteren müsse er feststellen, dass es zu wenig belastbare Aussagen über Quantität und Qualität von Gewalt gegenüber der im öffentlichen Dienst Beschäftigten gebe. Gewalt dürfe nicht weiter tabuisiert werden, Vorfälle seien anzuzeigen, erforderlichenfalls zu verfolgen. Der Schutz und das Gefühl der Arbeitnehmer, nicht schutzlos zu sein, dürften nicht auf Kosten der Wahrung des guten Rufes einer Verwaltung gehen.

Schließlich müssten aber auch die nötigen Instrumente bereitgestellt werden, um mit Gewalterfahrungen umzugehen, damit Aggression nicht in Aggressivität des betroffenen Beschäftigten umschlage und die Verdrossenheit im Gefühl, alleine gelassen zu werden, die Motivation zerstöre. So könne der Dienstherr, in diesem Fall also der Staat, beispielsweise generell festgestellte Ansprüche auf Schmerzensgeld auszahlen, um dem geschädigten Beamten nach dem Gerichtsverfahren wenigstens die Last der Vollstreckungsversuche abnehmen.

Zur Anerkennung für die Beamten und ihre Arbeit gehöre des Weiteren eine angemessene Entlohnung. „Die Motivation der Beschäftigten ist das Rückgrat der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes. Geht er aufrecht, läuft alles zu Zufriedenheit. Eine als ungerecht empfundene Sonderbelastung entwickelt sich dann schnell zum Bandscheibenvorfall“, betonte der Bundesvorsitzende der „dbb beamtenbund und tarifunion“.

Abschließend zu seinem Vortrag teilte Klaus Dauderstädt mit, dass dies sein letzter Auftritt bei der jährlichen Tagung des „dbb beamtenbund und tarifunion“ gewesen sei. Seine Amtszeit ende im November dieses Jahres, auch weiterhin wolle er sich jedoch der Verteidigung der Rechte und des Rufes der öffentlichen Arbeitnehmer widmen.

Zum Thema „Quo vadis Europa“ gab es weitere interessante Ausführungen der Bundeskanzlerin und des für den öffentlichen Dienst zuständigen Innenministers Lothar de Maizière sowie, zum Abschluss, eine hochkarätige Podiumsdiskussion, während der sachkundig und zum Teil kontrovers über die Zukunft Europas debattiert wurde.



Am Rande der Fachtagung begrüßte Bundeskanzlerin Angela Merkel CESI-Präsident Romain Wolff sowie den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Lokführer (GdL) Claus Weselsky

p.r.



Fleegeheim
KRAUTEM



Mir bidden en Waarmhärzege an raffinéierte Kader mat héijer Qualitéit

En kuerzen oder en permanenten Openthalt

Personaliséiert Betreierung

Eng Gourmet-Kichen zoubereet vun eisen Kiche Cheffen

Alldeeglech an verschidden Aktivitéiten

Am Joer 2017 ass d'kénfteg Erëffnung vun eisen neien Zëmmeren an Appartementer

Fleegeheim Les Jardins d'Alysea • 48, Hellengerstrooss / L-3327 KRAUTEM - ☎ 27 12 93-1 - www.alysea.lu

Är Fënstertfabrik
zu Lëtzebuerg
zauter 60 Joer

METALICA HOME

TÜREN UND FENSTER PVC | ALU | HOLZ

VERANDA

SECURITY RC2

SËCHER WUNNEN.

SHOWROOM:
MONTAG BIS FREITAG: 9 - 19 UHR | SAMSTAG: 9 - 16.30 UHR

SHOWROOM VON 600 m²

SCHÜCO Partner | **JOSKO** FENSTER & TÜREN | **R** RETRACER | **MADE IN LUXEMBOURG**

METALICA Home

181 RUE DE LUXEMBOURG | L-4222 ESCH/ALZETTE | TÉL. +352 55 21 56 | WWW.METALICA.LU

BEAUCOUP VOUS PROPOSENT DES CUISINES,
CHEZ EFFETI NOUS VOUS FERONS CELA :

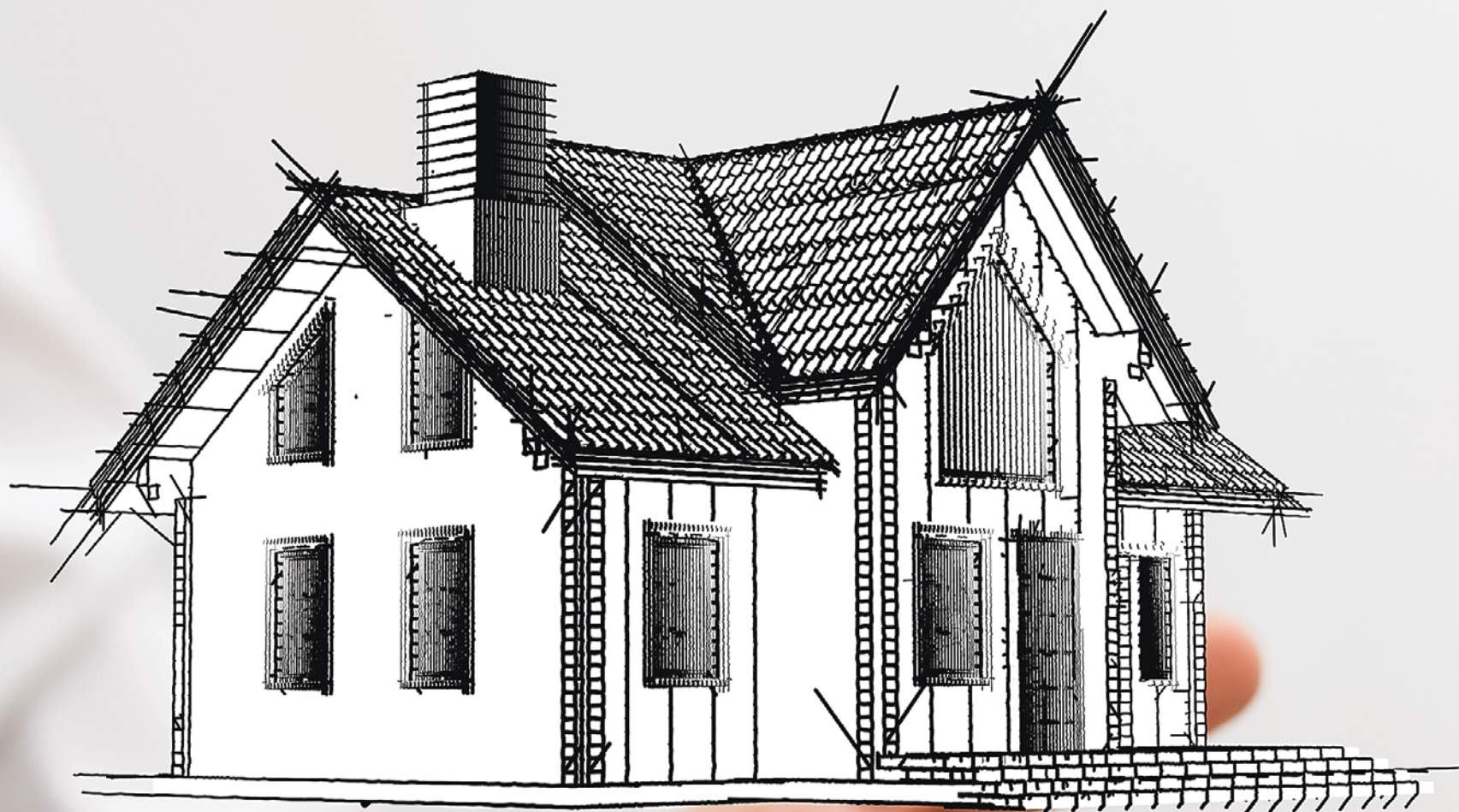
Effeti
CUCINE UNICHE

Miele SUB-ZERO **WOLF**
GAGGENAU **SIEMENS** DuPont **CORIAN**

Effeti
117, route d'Arlon - L-8009 Strassen
(ancien local **Miele** die Küche)

Tél.: 26 11 92 16
info@effeti.lu
www.effeti.lu

CGFP-Baukredit



Ihr Vorteil:

Ein **Direkt**-Abschluss Ihres Bausparvertrages bei der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement, der Fach-Einrichtung der Berufsorganisation der öffentlichen Funktion, sichert Ihnen den landesweit schnellsten und günstigsten Kredit. Für unverbindliche, vertrauliche und kompetente Beratung:

Tel.: 47 36 51

CGFP  **Logement**



fonction
publique

SPÉCIAL AUTO

Die Zukunft des Automobils



Elektrofahrzeuge, Elektronik, Leichtbauweise sind die neuen Herausforderungen.

Für die Zukunft sind gravierende Umwälzungen in der Automobilbranche zu erwarten, weil sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten unser Begriff von Mobilität grundlegend verändern wird.

Elektroautos: Gewicht spielt gewichtige Rolle

Autohersteller und Zulieferindustrie kämpfen beim Thema E-Mobility um jedes Gramm. Die Anforderungen an das Gewicht der Motoren sind deutlich gestiegen.

Rund 70 Prozent aller Innovationen innerhalb der Automobilbranche stammen von den Zulieferern. Speziell auf dem Gebiet der Motoren könnte der Trend hin zur Elektromobilität aber auch ein Risiko für einige Zulieferer darstellen, die sich auf die Herstellung von Elementen klassischer Verbrennungsmotoren spezialisiert haben.

Clients CCP
Faites votre
demande de prêt en
ligne depuis votre
CCP Connect

Taux spécial
Autofestival
—
Pas de frais de dossier
—
Conditions préférentielles
pour les membres
Raiffeisen
—
Demande de prêt
en ligne sur
www.raiffeisen.lu

Il est temps de découvrir **les conditions Autofestival !**

 **Raiffeisen**
Naturellement ma banque

Pour acheter la voiture de vos rêves, Raiffeisen vous propose deux formules de financement à des taux particulièrement avantageux. Faites votre demande de prêt en ligne dès aujourd'hui sur www.raiffeisen.lu ou depuis CCP Connect et profitez des conditions spéciales Autofestival ! Plus d'informations dans votre agence Raiffeisen la plus proche ou sur www.raiffeisen.lu.





 **Baloise**
Assurances

drive

En ligne avec vous

Drive

L'assurance AUTO nouvelle génération.

baloise.lu/drive


Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél.: (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu



Beim Elektroauto wird der herkömmliche Benzin- oder Dieselmotor durch einen elektrischen Antriebsstrang ersetzt. Der Tank verschwindet, das Klimaaggregat sieht anders aus und das ganze Getriebe fällt weg. Alles, was direkt an Verbrennungsvorgangskomponenten gebraucht wurde, verschwindet. Das trifft vor allem die Branche der Motorenhersteller.

Obschon viele der klassischen Bauteile durch diese Umstände massiv an Bedeutung verlieren werden, bieten die Umstrukturierungen der Branche im Zuge des Elektromobilitätstrends auch Chancen für die Zulieferindustrie.

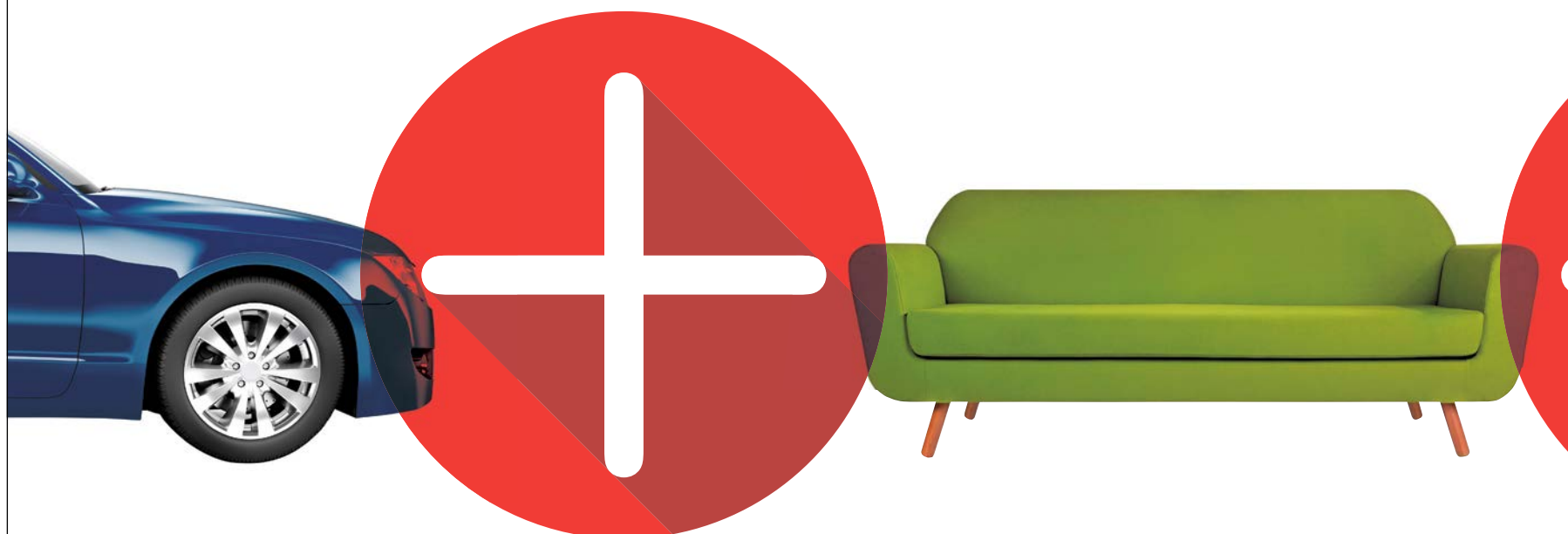
Wer rechtzeitig reagiert und sich auf die Veränderungen einstellt, kann sich in den neu erschlossenen Sektoren ein Standbein schaffen. Studien zufolge erwartet man, dass der Markt für Elektromotorenbauteile bis zum Jahr 2030 sogar doppelt so groß sein wird, wie der der klassischen Verbrennungsmotoren.

IT-Branche im Kommen

Angesichts der Möglichkeiten, die sich im Rahmen der Elektromobilität und vor allem des Trends hin zur Vernetzung des Autos ergeben, steht mittlerweile auch die IT-Bran-

PRÊT 

Plus près de vos besoins
pendant l'Autofestival.



Conditions exceptionnelles à saisir!
Infos, conditions & heures d'ouverture sur :

www.bcee.lu/festival



SPUERKEESS

Äert Liewen. Är Bank.

 /spuerkeess

Banque et Caisse d'Épargne de l'État, Luxembourg, établissement public autonome,
1, Place de Metz, L-2954 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg B 30775
www.bcee.lu tél. (+352) 4015-1



che in Lauerstellung. So sind Lösungen im Hinblick auf die geringen Reichweiten von Elektroautos, die mangelhaft ausgebauten Ladeinfrastrukturen und die langen Ladevorgänge eine stetige Statusüberwachung sowie Hilfen bei der Suche nach Ladestationen erforderlich.

Laut audimax.de, ist der Bereich der CarIT ein Markt, der sich in den nächsten Jahren extrem ändern und immer weiter ausbauen wird.

Das Auto wird zukünftig eine Art fahrendes Device sein. Zentral ist hierbei der Einzug des Internets

ins Auto sowie die Vernetzung nach innen und nach außen. Das Auto der Zukunft wird in der Lage sein, mit anderen PKWs sowie der Umwelt zu kommunizieren. Ziel ist es, den Verkehr insgesamt effizienter zu gestalten um somit Staus zu vermeiden, indem dem

Fahrer stets die optimale Strecke für seine Fahrt angegeben wird. Systeme wie Abstandsregler oder Spurhaltehilfen sollen erst der Anfang sein. Mit dem zunehmenden Fortschritt rückt sogar der Traum vom völlig autonomen Fahren in greifbare Nähe.

Infotainment versus Verkehrssicherheit

Dass ein Fahrzeug uns ohne unsere Hilfe zu unserem Zielort bringt, ist in der Praxis bereits möglich. Aber wie zuverlässig sind diese Lösungen? Wer trägt rechtlich die Verantwortung, für das Handeln meines Fahrzeuges?

Bis diese Fragen geklärt sind, ist das Thema zwar zunächst vom Tisch, doch die Branche arbeitet weiterhin am Fortschritt in diesem Bereich. Ein weiteres Problem ist die gesellschaftliche Akzeptanz.

Die meisten Autofahrer möchten zumindest situationsabhängig die Option haben, selbst aktiv ins Verkehrsgeschehen einzugreifen, oder möchten nicht auf den Fahrspaß verzichten.

Solange der Fahrer aber noch selbst für das Steuer seines Wagens verantwortlich ist, fragt man sich, wie viel Ablenkung durch technische Neuerungen möglich ist, ohne dass das Unfallrisiko steigt. Zum Beispiel ist das Handy im Auto verboten, eine neue Adresse ins Navi einzutippen ist aber erlaubt.

In der Regel können Innovationen aus dem Bereich der Fahrerassistenzsysteme helfen, diese verlorene Sicherheit wieder aufzufangen. Die entsprechenden Systeme hierfür

gehören aber noch nicht in allen Fahrzeugen zum Basisequipment.

Autobesitzer sind skeptisch

Trotz des Mehr an Komfort, das mit dem Einzug des Internets in das Auto erzielt werden soll, steht der Großteil der Autofahrer Infotainment-Systemen generell kritisch gegenüber – vor allem hinsichtlich der Fahrsicherheit.

Wesentlich gefragter sind sicherheitsrelevante Funktionen wie beispielsweise das automatische Absetzen eines Notrufs im Falle eines Unfalls.

Über kurz oder lang werden Tasten, Schalter und Anzeigen im Auto ersetzt durch Tablet-PCs oder Smartphones – so können möglicherweise das Lenkrad verschwinden und der Pkw rein über die Neigungssensorik eines Bedienpanels gesteuert werden.

Um den Fortschritt weiter voranzutreiben, bedarf es jedoch interdisziplinärer Zusammenarbeit von Ingenieur-Know-how und IT-Fachwissen. Entsprechend begehrt sind bei den Automobilherstellern, der Zulieferer-Branche sowie den IT-Unternehmen Absolventen der jeweiligen Studiengänge.



Le bon conseil
c'est notre métier

à
**Munbach
et à
Foetz**

Concessionnaire officiel

Lux-Motor

Makes the difference

**SUPER FESTIVAL
2017**

Ford





Toutes les offres sur :
www.luxmotor.lu

Das vernetzte Fahrzeug der Zukunft

Das Auto der Zukunft warnt den Fahrer bei aufkommender Müdigkeit, und bremst im Notfall ab. Mit ihm lässt sich von unterwegs aus das Hotel buchen, oder die Heizung zu Hause einschalten. Vernetzte Mobilität ist das große Zukunftsthema der Automobilbranche. Die PwC-Studie Connected Car 2014 zeigt dass die Branche riesige Wachstumspotenziale birgt. Die Experten rechnen damit, dass sich das Marktpotential innerhalb der nächsten fünf Jahre fast vervierfachen wird.

Beläuft das Marktpotenzial sich im Jahr 2015 auf knapp 32 Milliarden Euro, werden es 2020 schon 115 Milliarden Euro sein. Den größten Anteil haben die Segmente Sicherheit und Autonomes Fahren. Bei Sicherheitssystemen wie Notbrems- oder Spurassistenten wird mit einer Steigerung von 12 Milliarden auf mehr als 47 Milliarden gerechnet, Funktionen wie Park- oder Autobahnassistent nehmen von 7 Milliarden auf bis zu 36 Milliarden Euro zu.

Mit großer Spannung beobachtet man, wie die Elektronik-, IT-, Service- und die Automobilbranche diesen Markt unter sich aufteilen.

Zwar werden Autohersteller versuchen, beim Thema Mobilität die Oberhand zu behalten, sie sind aber auf eine ausgereifte IT und elektronische Systeme angewiesen. Gleichzeitig werden Internetunternehmen ihre Dienste auch im Auto anbieten. Gewisse Standards werden sich bald einspielen: Geschlossene Betriebssysteme im Fahrzeug sind für digital aufgestellte Unternehmen eher uninteressant. Umgekehrt können es sich die Automobilhersteller nicht leisten, digitalen Technologien alleine zu entwickeln.

Vor allem das Thema Datensicherheit müssen Hersteller im Auge behalten, damit Autos nicht das Ziel von Cyberattacken werden. So könnten zum Beispiel Bremsen manipuliert werden, Bewegungsprotokolle erstellt werden oder würden sich Haustüren öffnen, während die Bewohner im Fahrzeug unterwegs sind. Datensicherheit, so eine wichtige Aussage der Studie, ist eine zentrale Aufgabe bei der Forschung und Entwicklung des vernetzten Automobils. Nur unter dieser Voraussetzung können Kunden den neuen Technologien trauen.



volkswagen.lu

2.000 €

D'OPTIONS AU CHOIX OFFERTES

Offrez-vous nos meilleures innovations technologiques.

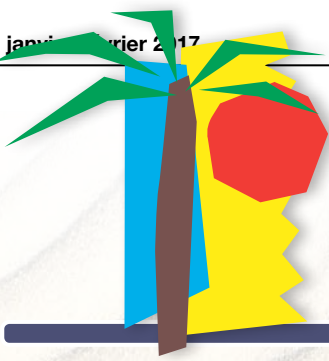
Le nouveau Tiguan.

Trailer Assist, Side Assist ou Area View compris !

Pendant l'Autofestival, nous vous offrons 2.000 € d'options au choix sur votre Tiguan. Et si vous profitez de cette offre exceptionnelle pour équiper votre Tiguan de nos meilleures innovations ? Comme Trailer Assist, par exemple qui guidera automatiquement votre remorque en marche arrière. Ou Side Assist, qui vous avertit quand un véhicule se trouve dans votre angle mort. Ou encore Area View, qui vous permet une vue périphérique autour de votre voiture.

Volkswagen

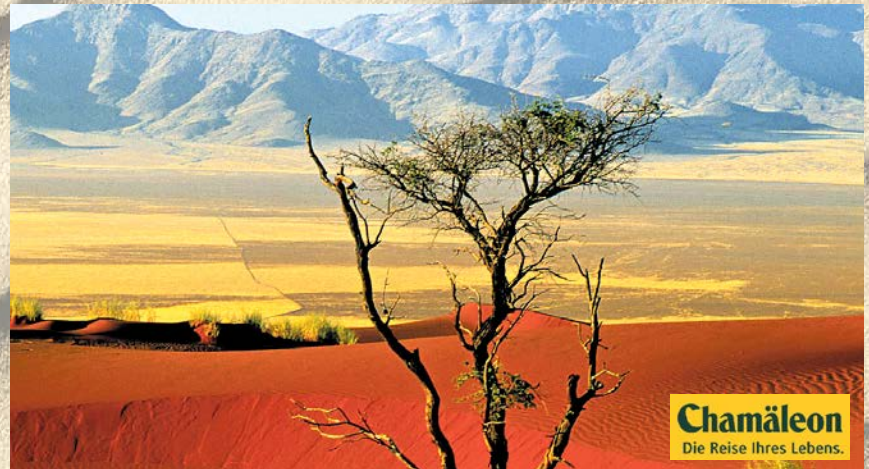
Consommation moyenne : 4,8 - 7,4 l/100 km. Emissions CO₂ : 123 - 170 g/km.



LUX VOYAGES

MONGOLEI

Dschingis Khans
wundervolles Erbe



Diese 15-Tage-Wunderweltenreise nimmt Sie mit auf eine Zeitreise zurück in die Vergangenheit. Dschingis Khan zog nicht nur mordend und brandschatzend mit Reiterhorden durch die Steppe: Kluge Verwaltung, ein modernes Pass- und Kurierwesen, Handel und religiöse Toleranz waren das Fundament der „Pax Mongolica“. Das mongolische Weltreich erstreckte sich in seiner Blütezeit im 13. und 14. Jahrhundert vom Pazifik bis nach Europa. Seit dem Tod von Dschingis Khan und dem Zerfall des mongolischen Reiches leben die meisten Einwohner wieder als Nomaden. Am Rande des Khogno-Khan-Naturreseervats gewährt eine Nomadenfamilie Ihnen überraschende Einblicke in ein grundlegend anderes Leben voller Fröhlichkeit und Gastfreundschaft. Beim Naadam-Fest führen die Einheimischen Ihnen ihre waghalsigen Reitkünste vor. Sie werden aber auch das größte intakte Ökosystem der Welt besuchen, den Gurwan-Saichan-Nationalpark mit seinen Bewohnern: Hier können Sie sibirische Steinböcke, Kropfgazellen, Schneeleoparde, Geier, Steppenbussarde und Falken beobachten. Ein authentisches Mongolei-Feeling bekommen Sie zudem bei einer Nacht im Jurtencamp „Gobi Bayanburd“. Sie werden Bajandsag besuchen, wo der rote Sandstein sich in der Abendsonne in ein glutrotes Lichtermeer verwandelt, die Gegend ist berühmt für ihre spektakulären Fossilienfunde. Vor vielen Millionen Jahren lebten hier Dinosaurier, deren Relikte noch gut erhalten sind. Bajandsag gilt deshalb auch als Eldorado für Paläontologen. Nachdem Sie sich von den einsamen Steppen und den Wüstenlandschaften verabschiedet haben, fahren Sie zurück nach Ulan-Bator, hier haben Sie Zeit zur freien Verfügung, um letzte Andenken zu besorgen, denn die Mongolei ist bekannt für ihre Produkte aus Kaschmirwolle und Kamelhaar.

Reisepreis ab 3.399€* / Person im DZ, inklusive

- Linienflug von Frankfurt nach Ulan Bator und zurück mit Mongolian Airlines
- 2 Hotelübernachtungen in Ulan-Bator sowie 11 Übernachtungen in traditionellen Jurten Camps
- Täglich Frühstück, 11x Mittagessen, 13x Abendessen
- Transfers und Ausflüge in landestypischem Allrad-Reiseminibus
- Eintrittsgelder und Nationalparkgebühren laut Programm
- Deutsch sprechende einheimische Reiseleitung
- Ausgewählte Reiseliteratur
- Maximal 12 Teilnehmer

Termine 2017: 25.06. / 29.06. / 09.07. / 30.07. / 02.09.

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer Asien-Reisen vor.

Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.

*3% CGFP-Exklusivrabatt für CGFP-Mitglieder, generell auf allen Pauschalreisen, Kreuzfahrten, Hotel- und Mietwagenreservierungen.



LUX VOYAGES s.à r.l.

25-A, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg

Tel.: 47 00 47 • Fax: 24 15 24

luxvoyages@cgfp.lu



Sparen mit Spielraum

Die flexible Art, für Kinder vorzusorgen

Kinder haben Ansprüche. Und auch diese wachsen. Damit Sie die kleinen und großen Wünsche finanzieren können, sprechen Sie mit einem BHW Berater drüber. Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner im Großherzogtum Luxemburg für den öffentlichen Dienst.

i BHW Bausparkasse Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme, L-1468 Luxembourg Kirchberg, www.bhw.lu

BHWA